Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Telefon Nr. 324.

Nr. 80 — Sonntag den 18. April 1920 — 46. Jahrg.

Putsch oder Wahlen.

Nicht nur der außenpolitische Wetterhimmel zeigt dunkles Gewölk, sondern auch am innerpolitischen türmen sich schwarze Wolken. Es läßt sich zur Stunde noch nicht sagen, ob ein kräftiger, starker Wind diese Wolken vertreiben oder ob sie sich entladen werden. Zwar ist der als Putschtermin vielfach genannte 15. April glücklich vergangen, ohne daß sich irgend etwas nennenswertes ereignet hätte, aber es läßt sich doch keinesfalls verkennen, daß die Gefahr noch nicht beseitigt ist. Wenn die Blätter der Rechten glauben, die Nachrichten von einem bevorstehenden Putsch als Wahlmache ansprechen zu sollen, so handeln sie sicher nicht ganz ehrlich, denn keinesfalls hätte der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei Veranlassung genommen, vor einem neuen Putsch zu warnen, wenn er nicht selbst überzeugt wäre, daß mit einem derartigen Putsch zu rechnen ist. Selbst wenn man einiges von dem, was jetzt verbreitet wird, als Übertreibung bezeichnen muß, so bleiben doch genug ernste Nachrichten übrig, die einer jeden Prüfung standhaltenden Grundlage nicht entbehren.

Zwar hat eben erst das deutsche Volk ein Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Der Kanzler aus eigener Machtvollkommenheit Herr Kapp und Konsorten sind vom Volksunwillen hinweggefegt worden. Es ist erklärlich, daß die Festigung der Verhältnisse noch nicht überall und nicht restlos nach einer so schweren Erschütterung des Staatslebens erfolgt ist. Darum scheint jetzt für die Putschisten die Zeit gekommen zu sein. Noch ist die Säuberungsaktion in der Reichswehr nicht durchgeführt, weil sich die Truppen zum großen Teil noch nicht in ihren Garnisonen wieder befinden, noch sind nicht alle Beamte, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, beseitigt, und alles dieses scheint den Putschisten günstig für ihre Pläne. Vor allem aber, und das ist das Entscheidende, stehen die Wahlen vor der Türe, und diese Wahlen werden ein neues Bekenntnis des deutschen Volkes zur Demokratie bringen. Dieses neue Bekenntnis wird das Regierungssystem weiter festigen und seine Stellung so unerschütterlich machen, daß jeder Versuch eines Putsches von links oder rechts völlig aussichtslos ist. Darum soll heute noch einmal von den Putschisten versucht werden, das zu erringen, was ihnen im Märzputsch versagt blieb.

Die Festigung der Demokratie, der Ausbau des Staates und damit die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt, das sind Forderungen, die das deutsche Volk mit Recht an den ersten Reichstag der Republik stellen muß. Nicht in der Lage diese Forderungen zu erfüllen sind die Parteien der Rechten. Die Verfassung ist geschaffen von den drei Koalitionsparteien, die man wohl richtiger als die drei Verfassungsparteien bezeichnen sollte, nur ihnen ist es möglich, den Staat weiter auf- und auszubauen. Wer, wie die Parteien der Rechten es in der Nationalversammlung getan haben, den Etat ablehnt, wer dem Staate die Mittel verweigert, die er zum Leben bedarf, der kann von sich im Ernst nicht behaupten, daß er an der Gesundung des Staates mitarbeitet. Auch eine rein sozialistische Regierung wäre nicht in der Lage, den Aufbau Deutschlands durchzuführen. Wir müssen endlich einmal herauskommen aus den Klassenkämpfen, wie sie der Sozialismus predigt, wir müssen gemeinsam arbeiten zum Wohle und zum Besten des Staates. Der Weg aber, der zu diesem Ziele führt, heißt nationale Demokratie.

Gerade der Kapp-Putsch hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, gegen die Mehrheit des Volkes zu regieren. Er hat mit einem vollen Siege der Demokratie geendet, und es gilt nun, in den Wahlen diesen Sieg zu vervollständigen und auszubauen. Gewiß hat auch die Koalition manchen demokratischen Wunsch unerfüllt gelassen. Man muß sich aber klar darüber sein, daß in jeder Koalition Opfer gebracht werden müssen und die Klagen, daß die Ziele nicht voll erreicht sind, sind heute bei allen Verfassungsparteien zu hören. Trotzdem bleibt wahrscheinlich auf Jahre hinaus die heutige Koalition für Deutschland die einzige Regierungsmöglichkeit und es ist richtig, wenn in dem Wahlaufruf der demokratischen Partei zwar betont wird, was uns Demokraten vom Zentrum trennt, wie wir uns die geistige Einheit Deutschlands nicht durch Schule und Kirche zerreißen lassen sollen, wenn betont wird, was uns von der Sozialdemokratie scheidet, wenn wir im Gegensatz zu ihr eine klassenfreie Vertretung des Volkes fordern, wenn aber über alle diese trennenden Momente hinweg doch auch immer wieder das betont wird, was uns mit diesen Parteien verbindet, mit denen gemeinsam in schwerer Arbeit die Grundlage für den Aufbau des Reiches gelegt, die Weimarer Verfassung geschaffen wurde.

Nur auf dieser Grundlage kann und muß weitergebaut werden. Wer heute mit Einzelheiten nicht einverstanden ist, der bessert die Lage nicht dadurch, daß er untätig beiseite steht, oder dadurch, daß er sahnensüchtig wird. Eine Besserung ist nur dadurch zu erzielen, daß er mitarbeitet, daß er den demokratischen Flügel der Koalition stärken hilft, und darum gilt für jeden, der die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft, der den Wiederaufbau des Staates, der die Hebung des deutschen Ansehens in der Welt, der ein politisch einiges, aber doch kein zentralistisches Reich will, nur die eine Parole:

Wählt die demokratische Liste!

*

Die Putschgerüchte.

Zu den Verhaftungen im Reichswehrministerium.

Berlin, 17. April. Über die ausgehobene Sitzung im Reichswehrministerium bringen die Blätter allerlei Kommentare, die indessen weit über das Ziel hinauszuschießen scheinen. Wie verlautet, wird die Angelegenheit in kurzer Zeit eine harmlose Aufklärung erfahren und mit der Entlassung der Verhafteten enden. Das „Acht-Uhr-Abendblatt" behauptet, die Reichskanzlei sei einer ähnlichen Mystifikation zum Opfer gefallen, wie vor kurzem das WTB. Wie das Reichswehrministerium dem genannten Blatte mitteilt, haben zwischen Hauptmann v. Biebahn und mehreren Offizieren tatsächlich Besprechungen mit den unabhängigen Sozialisten stattgefunden, die aber nur den Zweck verfolgten, eine Einigung über die Waffenabgabe in Berlin und Umgebung herbeizuführen. Die vorgesetzten Stellen des Reichswehrgruppenkommandos waren darüber informiert, und auch Mitglieder der Unabhängigen hatten von dieser Besprechung Kenntnis. Eine Bestätigung dieser Darstellung darf man vielleicht in dem Umstande sehen, daß die „Freiheit", die auch heute wieder neue Mitteilungen über die angeblichen Treibereien der deutschen bringt, die Offiziersversammlung im Reichswehrministerium mit keinem Worte erwähnt. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" weiter meldet, hat die Reichskanzlei mit Umgehung der militärischen Dienststelle die Verhaftung der Teilnehmer an der Besprechung angeordnet. Wie wir hören, befinden sie sich gegenwärtig noch in Haft. Der Reichswehrminister hat die Angelegenheit nunmehr in die Hand des Generals v. Seeckt und den zuständigen militärischen Dienststelle gelegt. Wie uns von der Pressestelle der Reichsregierung dazu mitgeteilt wird, ist die Behauptung einer Mystifikation falsch. Im übrigen verweist die Pressestelle zurzeit über das Ergebnis der Untersuchung nichts mitzuteilen. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, soll es in der Tat harmloser sein, als die erste Meldung erwarten ließ.

Kapp in Stockholm.

Auf einem Flugzeug aus Deutschland geflohen.

Stockholm, 17. April. Nach einer Meldung des „Aftontidningen" ist Kapp im Badehotel in Södertälje angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach hier gekommen, das in Schonen landete, worauf er seine Reise mit der Bahn nach Stockholm fortsetzte. Seitens des Hoteliers wird mitgeteilt, daß Kapp am Mittwoch abend in Stockholm ankam und unter dem Namen Dr. v. Kanitz auf der Reise von Deutschland über Malmö Wohnung nahm. Den Zweck der Reise hat er nicht angegeben. Gestern Vormittag kamen zwei Detektive aus Stockholm in Södertälje an. Der angebliche Dr. v. Kanitz erklärte ihnen hier er sei. Gegen 3 Uhr nachmittags begaben sich die Detektive zusammen mit Kapp in Automobilen nach Stockholm.

Die Vermögen der Kapp-Leute beschlagnahmt.

Aus Berlin wird berichtet: Auf eine Anfrage, inwieweit die von der Regierung angekündigte, auf die Bestimmungen der Str.-Pr.-Ord. beruhende Vermögensbeschlagnahme der Hauptbeschuldigten des Kapp-Putsches durchgeführt ist, wird der „Vossischen Ztg." von zuständiger Stelle erklärt, daß sowohl die Beschlagnahme der Bankguthaben, als auch sämtlicher Immobilien der Beschuldigten erfolgt ist.

Neue Forderungen der Gewerkschaften.

Aus Berlin wird mitgeteilt: Die Gewerkschaften haben sich mit neuen Forderungen an die Reichsregierung gewandt. Sie verlangen die Zurziehung der Gewerkschaften bezw. ihrer Vertreter zu den Maßnahmen, die gegen die Putschagitation in der Reichswehr ergriffen werden.

Zu Kapps Verhaftung.

Stockholm, 17. April. Als die Polizei in Södertälje heute den Paß des Dr. Kapp untersuchte, stellte es sich heraus, daß er gefälscht war, weshalb Dr. Kapp gegen 2 Uhr festgenommen wurde. Während des Verhörs gab er sich zu erkennen. Der Polizeimeister kann sich noch nicht darüber äußern, inwieweit von seiner Einlieferung ins Gefängnis oder Anweisung die Rede sein kann.

Aufklärung über die Putschgerüchte im Reichswehr-Ministerium.

Berlin, 17. April. Aus dem Polizeipräsidium wird uns mitgeteilt: Der Polizeipräsident Richter hat es abgelehnt, die Schutzhaft gegen die vom Reichswehrminister in der Nacht zum Freitag festgenommenen Offiziere und Zivilpersonen zu verhängen. Es ist seinerzeit Beweis dafür erbracht, daß die im Reichswehrministerium stattgehabte Zusammenkunft der festgenommenen Personen einen Umsturz der Regierung zum Ziele hatte. Der Polizeipräsident hat daher die sofortige Freilassung der Festgenommenen veranlaßt.

Folgen des Kapp-Putsches.

Paris, 17. April. (T.-U.) Nach einer von der „Liberte" veröffentlichten Mitteilung ist die Unterredung zwischen dem britischen Geschäftsträger Lord Derby und dem französischen Ministerpräsidenten Millerand gestern durch die ungünstigen Berichte veranlaßt worden, die England und Frankreich von ihren Kontrollpersonen in Deutschland über die Vorbereitungen zu einem neuen reaktionären Staatsstreich erhalten haben. Die Alliierten beabsichtigen, beim deutschen Reichskanzler einen gemeinsamen Schritt durch die verschiedenen Geschäftsträger zu unternehmen. Er soll unternommen werden in dem bereits durch Lord Kilmer noch in Berlin verhandelten Sinne. Wenn ein militärischer Staatsstreich ähnlich dem von Kapp ausbreche, würden die Alliierten sofort die Lebensmittel- und Materialsendungen einstellen und die Kredite annullieren.

London, 17. April. (Ev. T. B.) Havas-Agentur meldet: Der englische Minister des Auswärtigen Lord Curzon hat gestern beim deutschen Geschäftsträger in London einen energischen Schritt unternommen, um eine Zurücknahme der überzähligen Truppen aus dem Ruhrgebiet zu erreichen. Aus dem Ruhrgebiet zurückkehrende alliierte Beobachter sagen, daß die dortige Bewegung niemals einen bolschewistischen Charakter angenommen habe. Andererseits wird mitgeteilt, daß die von der deutschen Regierung in das Ruhrgebiet gesandten Truppen beträchtlicher sind als die den Alliierten angegebenen Zahlen. Das erste Problem, das die alliierten Staatsleiter also zu lösen hätten, wäre die baldige Entwaffnung Deutschlands. (Selbstverständlich muß nun ganz Deutschland für den Putsch Kapps und Genossen herhalten, sowohl unter den Räuberbanden wie unter der Entente. D. Red.)

Die Anzeichen des neuen Putsches.

Berlin, 17. April. (T.-U.) Wie die „Neue Berl. Ztg." meldet, hat vor einiger Zeit der hiesige englische Geschäftsträger sich mit den maßgebenden Regierungsstellen Deutschlands in Verbindung gesetzt und ihnen davon Mitteilung gemacht, daß ihm zur Kenntnis gelangt sei, es bereite sich ein neuer Putsch vor, und daß er es als seine Pflicht erachte, vor dieser Gefahr zu warnen. Ferner hatten sich Vertreter der Reichen gleichfalls bei einigen Regierungsstellen eingefunden und dort in ähnlichem Sinne gewarnt. — Aus Stettin wird weiter gemeldet: Wie mitgeteilt wird, sind auf Befehl des hiesigen Polizeipräsidenten die Geschäftsräume des pommerschen Landbundes und des Bürgerbundes durch die Sicherheitspolizei durchsucht worden. Die beiden Büros besaßen sich mit der Arbeitsvermittlung für die entlassenen Baltikumer, die sie bei den pommerschen Großgrundbesitzern als Landarbeiter unterbrachten.

Die unproduktive Kieler Werft.

Kiel, 18. April. (T.-U.) Die hiesige Werft wird in der nächsten Zeit rund 3000 Arbeiter und Angestellte entlassen müssen. Die Entlassungen werden damit begründet, daß der Betrieb der Werft ein unproduktiver ist und daß, um produktiv zu arbeiten, die Entlassungen nicht zu vermeiden sein werden.

Zu den Verhaftungen im Kriegsministerium.

Berlin, 17. April. (T.-U.) Wie die „Neue Berl. Ztg." erfährt, ist eine Wiederverhaftung der an den bekannten Verhandlungen im Reichswehrministerium beteiligten Offiziere trotz des neuen inzwischen eingegangenen Materials nicht beabsichtigt, da die durch den Staatskommissar vorgenommene Untersuchung vorläufig kein Belastungsmaterial ergeben hat. Dagegen wird die Untersuchung fortgesetzt. Man beabsichtigt, festzustellen, von wem der Auftrag an die Offiziere ergangen ist, mit den Unabhängigen und Kommunisten wegen der Waffenabgabe und Einsammlung in Verhandlungen einzutreten. (Das muß ja ein ganz schauderhaftes Verbrechen sein, um das festzustellen nach der Untersuchung an sich schon. D. Red.) Da die Behauptung aufgestellt worden ist, daß die Anzeige unternommen wurde zu dem Zweck, eine Reihe von militärischen Persönlichkeiten öffentlich zu diskreditieren, so wird die Untersuchung auch nach dieser Richtung geführt.

Streik in Oppeln gegen die Entente-Herrschaft.

Oppeln, 17. April. (EWB.) Der durch die internationale Kommission über Oppeln verhängte verschärfte Belagerungszustand führte zu zahlreichen Verhaftungen von Arbeitern und Einwohnern durch die Besatzungstruppen. Darauf traten heute die Arbeiter des Gas-, Wasser-, Kanalisations- und Elektrizitätswerks in den Streik. Zuverlässigen Nachrichten zufolge geht die polnische Berufsvereinigung der Arbeiterschaft in Oberschlesien mit den deutschen Gewerkschaften und mißbilligt das Vorgehen der französischen Truppen. — An der Trauerkundgebung für den durch einen französischen Soldaten getöteten Güterbodenvorsteher Placzek nahmen je ein Vertreter der englischen, der französischen und der italienischen Nation teil.

Warenaustausch mit dem Memelgebiet.

Tilsit, 17. April. (T.-U.) Wie die „Tilsiter Zeitung" erfährt, steht ein Warenaustauschvertrag zwischen Deutschland und dem von der Entente besetzten Memelgebiet unmittelbar vor dem Abschluß. Es handelt sich um beträchtliche Lebensmittelmengen, die von jenseits eingeführt werden sollen, da in diesem Gebiete große Überproduktion herrscht und die dortigen Landwirte auf den in Deutschland erzeugten chemischen Dünger und auf die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen angewiesen sind. (Und dabei können die Landwirte in Deutschland wegen Mangel an Produktion keinen künstlichen Dünger bekommen! D. Red.)

Die politischen Gefangenen in Bayern.

München, 18. April. (T.-U.) Gegenüber einer Veröffentlichung der Berliner Freiheit, wonach in Bayern 800 politische Gefangene dem Tage der Freiheit entgegenharren, teilt das hiesige Justizministerium mit, daß sich in Bayern nur 200 politische Gefangene in Haft befinden.

Deutschland und die Entente.

Eine neue Drohung der Alliierten.

Basel, 16. April. Gestern wurde aus London nach Paris berichtet, daß die Alliierten die Initiative zu einem gemeinsamen Schritt bei Deutschland unternommen hätten, um die strikte Durchführung der im Friedensvertrag bestimmten Entwaffnung Deutschlands zu verlangen. Für den Fall einer Weigerung soll die Lebensmittellieferung an Deutschland eingestellt werden. Der böse Wille Deutschlands zeige sich nach allen Richtungen. Die Anzeichen eines neuen Staatsstreichs mehrten sich.

Nach dem „Echo de Paris" haben die Alliierten beschlossen, Deutschland die Auslandslieferung von Kohle solange zu verbieten, bis die Bedingungen des Friedensvertrages über deutsche Kohlenlieferungen an Italien, Frankreich und Belgien restlos durchgeführt sind.

Der Inhalt der englisch-französischen Verständigung.

Amsterdam, 17. April. Wie alle englischen Blätter, enthalten auch die „Daily News" vom 14. April ausführliche Pariser Berichte über Millerands Ausführungen in der Kammer. Das liberale Blatt weiß indessen bei dieser Gelegenheit mehr zu berichten, als die übrigen Londoner Zeitungen. Nachdem der Korrespondent festgestellt hat, daß Millerand die Texte der zwischen England und Frankreich anläßlich der Besetzung Frankfurts ausgetauschten Noten nicht verlesen, sondern nur in ganz ähnlichen Worten, wie Bonar Law im Unterhause die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines engen und herzlichen Übereinkommens betont, jedoch die Bedingungen dieses Übereinkommens nicht erwähnt habe, gibt er selber in seinem Bericht die Bedingungen des Übereinkommens wie folgt an:

1. Frankreich wird Frankfurt a. Main, Darmstadt und die übrigen Städte räumen, sobald die von Deutschland ohne Ermächtigung in das Ruhrbecken entsandten ergänzenden Streitkräfte zurückgezogen worden sind.

2. Deutschlands Forderung, daß die ihm durch die Konzession vom August 1919 zugestandenen Streitkräfte die Erlaubnis erhalten, weitere 3 Monate, vom 10. April angerechnet, in dem in Frage stehenden Gebiet zu verbleiben, soll Gegenstand einer Entscheidung der Alliierten auf der Konferenz in San Remo sein. Der Korrespondent der „Daily News" nennt die Quelle seines Wissens nicht, doch erwecken auch die anderen englischen Blätter den Eindruck, daß man in England glaubt, die Versöhnung der beiden Bundesgenossen habe tatsächlich auf der hier bezeichneten Basis stattgefunden.

Die französische Rheinlandpolitik.

Basel, 17. April. Die französische Regierung wird in Berlin eine Erklärung über das rheinische Programm der französischen Offiziere in Mainz abgeben. In maßgebenden Pariser Kreisen hält man an der Überzeugung fest, daß hinter diesem Programm nicht nur die französische Heeresleitung und Marschall Foch stehen, sondern auch einflußreiche Persönlichkeiten der Pariser Regierung.

Der französische Expressungsplan.

Paris, 16. April. Major de Gipreux schreibt in der „République Francaise": Stellt Foch auf der Mainlinie eine Armee von 200 000 alliierten Soldaten zur Verfügung, 120 000 Franzosen, 50 000 Engländer und 30 000 Belgier, und läßt in Berlin wissen, daß bei der geringsten Weigerung, abzuliefern, auch bei der kleinsten Versteckung, die festgestellt wird, diese Armee gegen den Thüringer Wald und Franken marschieren und Süddeutschland von Norddeutschland trennen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0001

herde, während andere Kräfte das Ruhrgebiet besetzen, erst dann ohne Zweifel könnten die Offiziere mit aller Ruhe an die umgehende Einsammlung germanischer Waffen gehen.

Weiterer Franzosenabmarsch aus Frankfurt.

Frankfurt a. M., 17. April. Wie die Frankfurter Zeitungen melden, räumen die Franzosen die Stadt weiter. Die französischen Truppen ziehen in der Richtung auf Wiesbaden und Mainz. Mehrere Schulen, die von den Truppen belegt waren, wurden geräumt.

Verminderung der Truppenzahl im Ruhrgebiet.

Berlin, 17. April. Die von der französischen Presse verbreitete Nachricht, daß 8000 Mann neuer Reichswehrtruppen in die neutrale Zone des Ruhrgebiets eingerückt seien, ist falsch. Es ist im Gegenteil Tatsache, daß die Truppenzahl in der neutralen Zone andauernd herabgemindert wird. Mehrere Bataillone sind bereits zurückgezogen und weitere Truppen zum Abtransport bereitgestellt worden.

Für Hunderte von Millionen Mark Textilwaren nach England ausgeführt?

Wie die englischen Blätter melden, erklärte der Präsident des britischen Handelsamtes im Unterhause, aus Deutschland seien in den letzten sechs Monaten für insgesamt 2423000 Pfund Sterling Manufakturwaren nach England eingeführt worden. Soviel er wisse, habe die deutsche Regierung keinerlei Ausfuhrzoll erhoben.

Unter Manufakturwaren versteht man allgemein Textilwaren. Wenn es sich bei vorstehender Meldung tatsächlich um Textilwaren handeln sollte, und nicht etwa infolge schlechter Übersetzung eine Verwechselung mit Industriewaren vorliegt, so wäre das bei dem drückenden Mangel gerade an Textilwaren unerhört. Jedenfalls ist es dringend der Aufklärung bedürftig, ob gewissenlose Handelskreise uns hier buchstäblich das letzte Hemd vom Leibe weg verkauft haben, und ob das obendrein mit Billigung der Regierung geschehen ist.

Deutschlands Entwaffnung.

Aus **London** wird gemeldet: Der Kriegsminister Winston Churchill bemerkte in Erwiderung einer Anfrage, daß, soweit bekannt, sich jetzt in Deutschland 6500 Feldgeschütze, 2800 Feldhaubitzen und 5000 schwere Geschütze befänden, eingerechnet der auf Deutschlands Süd- und Ostfront verwendeten Geschütze. Nach den Waffenstillstandsbedingungen war es Deutschland erlaubt, 4125 Geschütze und Haubitzen zu haben. Die Alliierte Kommission beschäftige sich augenblicklich mit dieser Angelegenheit. 3800 Geschütze hätten zur Zerstörung ausgeliefert werden müssen. Deutschland hätte dann zusammen 17 800 Geschütze ausgeliefert. Die Schätzung ginge auch dahin, daß Deutschland noch eine Menge kriegsbrauchbarer Flugzeuge besitze.

Zur Viehlieferung an die Entente

führt die „Deutsche Allgem. Ztg." aus, daß Deutschland nur dann in der Lage sei, die Viehablieferungs-Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, wenn Frankreich und Belgien von ihren Qualitätsforderungen absehen und sich mit gesunden und normalen Tieren durchschnittlich zufrieden geben wollten.

Die Lage im Reiche.

Ein Massenmord in Essen.

Die L. R. R. melden aus Münster: Zu den gräßlichsten Untaten, die die spartakistischen Banden bei ihrem Einzug in die Stadt Essen verübt haben, gehört der Massenmord am Wasserturm. Es wird darüber jetzt folgendes bekannt:

Die Besatzung des Wasserturms bestand aus etwa 50 Mann, die unter dem Kommando des Bergassessors Forstmann stand. Kurz nach Mittag waren rote Banden in das Rathaus eingedrungen, während auf dem Rathause die Übergabeverhandlungen mit dem Lehrer Stemmer, dem Parlamentär der revolutionären Truppen, gepflogen wurden. Es steht nun einwandfrei fest, daß die Verteidigung des Wasserturms nach dem Einzug der Revolutionäre noch ohne Nachrichten von der Übergabe der Stadt war. Nachmittags um 4 Uhr erschien der Beigeordnete Barerius am Wasserturm mit der Roten-Kreuz-Flagge in der Hand, um die Mannschaften von der Übergabe der Stadt zu benachrichtigen und die Übergabe des Wasserturms nahezulegen.

Während der Verhandlungen vor dem Tor des Wasserturms mit dem Stadtsekretär Potthof, der zur Besatzung zählte und im Schutze der weißen Flagge stand, drängten die revolutionären Truppen plötzlich durch das Tor der Einfriedigung und stürmten den Wasserturm. Die überraschte Besatzung hatte bereits die Waffen abgelegt und die Röcke ausgezogen. Als die Rotgardisten angestürmt kamen, traten ihnen die Besatzungsmannschaften halbentkleidet mit hocherhobenen Armen am Eingange entgegen. Nun begann ein entsetzliches Morden.

Wilden Tieren gleich warfen sich die Spartakisten auf die wehrlosen Leute, stachen mit Messern und Dolchen auf sie ein, schlugen sie mit Gewehrkolben tot oder schossen sie mit dem Revolver nieder. Selbst die am Boden röchelnden Schwerverwundeten und die Leichen wurden mit dem Kolben oder mit Fußtritten bearbeitet. Mehreren Opfern war der Schädel gespalten, anderen die Schädeldecke abgerissen oder der Kopf bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Junge Burschen warfen die Gewehre fort, zogen Dolch und Messer und stachen wie wahnsinnig auf ihre Opfer los. Ein 17 Jahre alter Rotgardist stach unausgesetzt mit dem Messer auf einen Sicherheitsmann ein, der, nur mit Hose und Weste bekleidet, mit erhobenen Armen vor ihm stand. Drei Messerstiche hatte der Wehrlose in die Herzgegend erhalten. Immer noch hob er mühsam die Arme hoch. Dann stürzte er zu Boden. Ein Stich in das Herz hatte ihn tödlich getroffen.

Während dieser entsetzlichen Ereignisse waren die Fenster der gegenüberliegenden Häuser mit Zuschauern dicht besetzt. Auch auf der Straße hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die Zuschauer der Greueltaten war. Die Menge schrie vor Entsetzen. In etwa zehn Minuten lag die gesamte Besatzung hingemordet vor dem Wasserturm, nur drei Mann entgingen dem grausigen Verhängnis. Als die Spartakisten kein lebendes Wesen mehr antrafen, schritten sie über die Leichen hinweg und zogen unter Flüchen und Verwünschungen auf die Ermordeten von dannen.

Ein Beispiel der Notlage unserer Industrie.

Mannheim, 17. April. Die Zellstoffabrik Waldhof gibt durch Anschlag bekannt, daß sie infolge des Kohlenmangels genötigt sei, vom 1. Juli ab von dem § 12 der Demobilmachungsbestimmungen Gebrauch zu machen und Gehälter und Löhne herabzusetzen. Seit Januar 1919 habe der Betrieb neun Monate vollständig stillgestanden. In den letzten sechs Monaten konnte amerikanische Kohle (das Kilogramm 1,50 M) nur für einen dreiwöchigen Betrieb beschafft werden. Heute koste aber ein einziger Monat Stillstand der Fabrik 2 Millionen Mark.

Politische Übersicht.

Österreich.

Streik der Eisenbahner Deutschösterreichs.

Wien, 17. April. In Deutschösterreich ist ganz unerwartet und über die Köpfe der Gewerkschaft hinweg, von Wiener Neustadt ausgehend, gestern eine Ausstandsbewegung unter den Eisenbahnern ausgebrochen, die den Umfang eines Generalstreiks auf sämtlichen Bahnen anzunehmen droht. Als die Reisenden gestern auf dem Wiener Südbahnhof ankamen, wurden sie wegen Stillstands des Verkehrs abgewiesen. Es war dem Staatsamt für Verkehrswesen ein bis Mitternacht laufendes Ultimatum zugestellt worden, wonach die Südbahner außer anderen wichtigen Zugeständnissen 700 Kronen und für jedes Familienmitglied 250 Kronen fordern. Auch in Linz und Innsbruck sowie in St. Pölten wurden teils noch höhere Forderungen gestellt und der Verkehr unterbrochen.

Rußland.

Das Ergebnis der Schlacht bei Podolien.

Aus Warschau wird dem „Temps" gemeldet, daß die viertägige Schlacht in Podolien mit einem Siege der polnischen Truppen endete. Die 41. Division der Sowjettruppen wurde zur Flucht gezwungen. Vier Geschütze, 21 Maschinengewehre und viel Kriegsmaterial fielen in die Hände der Sieger.

Der japanische Sieg über die Bolschewisten.

Aus Tokio wird gemeldet, daß die Japaner ihrem Sieg über die Bolschewisten östlich des Baikalsees großen Wert beimessen, weil dadurch der Vormarsch der Bolschewisten zum Stehen gebracht worden ist.

Nordamerika.

Wiederaufnahme der geschäftlichen Besprechungen mit Deutschland.

Paris, 17. April. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat Senator Mac Cumber eine neue Tagesordnung im Senat eingebracht, die geschäftlichen Beziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen, als ob man niemals mit ihm im Kriege gewesen sei.

Deutschland.

— **Verurteilung des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen.** Berlin, 16. April. Prinz Joachim Albrecht von Preußen wurde wegen versuchter Nötigung zu 500 M Geldstrafe, Rittmeister v. Platen ebenfalls wegen versuchter Nötigung zu 300 M und Prinz Gottfried zu Hohenlohe-Langenburg wegen Körperverletzung zu 1000 M Geldstrafe verurteilt.

— **Einstellung des Personenverkehr im Eisenbahndirektionsbezirks Frankfurt.** Wegen des Lokomotiv und Kohlenmangels, sowie der bekannten Betriebslage hat die Eisenbahndirektion Frankfurt beschlossen, zur Aufrechterhaltung des notwendigen Lebensmittel- und Güterverkehrs von einem noch bekannt zu gebenden Tage ab auf sämtlichen Strecken den Personenverkehr einzustellen.

*

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten.

Berlin, 17. April. Ein Gesetzentwurf für die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen ist der Nationalversammlung zugegangen. Nach einer Regierungsmitteilung beträgt die Zahl der Kriegsbeschädigten annähernd anderthalb Millionen. Kriegerhinterbliebene gibt es nahezu drei Millionen. Die Versorgungssumme wird auf 4½ Milliarden jährlich geschätzt. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Zahl der Erwerbslosen 375 000, davon etwa ein Viertel in Groß-Berlin.

*

Das Reichswahlgesetz.

Aus Berlin wird berichtet: Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung begann dieser Tage die Einzelberatung des Reichswahlgesetzes. § 1 („Reichstagswähler ist, wer am Wahltage Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist. Jeder Wähler hat eine Stimme") wurde unverändert angenommen. Nach § 2 ruht das Wahlrecht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Reichswehr. Er wurde in allen Einzelheiten in der Regierungsfassung angenommen, nachdem Redner aller Parteien, mit Ausnahme des Unabhängigen Eichhorn und des Mehrheitssozialisten Schmidt-Sachsen der Regierung beigepflichtet hatten, daß die Reichswehr entpolitisiert werden müsse. Zu § 3 wird auf sozialdemokratischen Antrag ein Zusatz angenommen, wonach Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden, an der Ausübung des Wahlrechts nicht behindert werden. Zu § 15 lag auf Grund der letzten Beschlüsse ein Regierungsantrag vor: „Innerhalb eines Verbandswahlkreises können mehrere Kreiswahlvorschläge miteinander verbunden werden. Die Verbindung ist nur zulässig, wenn sich die Listen auf einen gleichlautenden Wahlvorschlag beziehen." Minister Koch erläuterte den Charakter des neuen Vorschlages. Man habe, um zu einer Einigung zu kommen, eine feste Bindung der Wahlkreise zu Verbandswahlkreisen vorgenommen. Abg. Waldstein (Dem.) befürchtete, daß aus dieser Fassung die Listenverbindung zwischen benachbarten Parteien wieder entstehen könne. Der Ausdruck „Verbandswahlkreis" sei jetzt nicht mehr zutreffend. Es müsse heißen: „Wahlkreisverband". Minister Koch stimmte der letzteren Anregung zu, teilte aber die Befürchtungen Waldsteins wegen der Listenverbindung nicht, da die verbundenen Parteien dadurch allerhöchstens einen Abgeordneten auf der Reichsliste mehr erzielen könnten. Als Absatz 2 des § 15 wurde vorgeschlagen: „Die Verbindung muß von den Unterzeichnern des Kreiswahlvorschlages oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 13. Tage vor dem Wahltage beim Verbandswahlleiter schriftlich erklärt werden." Minister Koch war mit 14 Tagen vorher einverstanden und erklärte, daß er dafür sei, die Reichswahlliste, die jetzt noch einen ergänzenden Charakter habe, nach den Wahlkreislisten anzumelden und dafür 7 Tage Frist vor dem Wahltermin zu bewilligen. Er meinte, der Vorschlag, den Parteileitungen die nachträgliche Benennung der Abgeordneten zu gestatten, widerspreche der Verfassung. Die Wähler müßten die Kandidaten der Reichsliste kennen. Die Reichsliste solle die Lücken in der Kandidatenliste ausfüllen. Das sei ihr Wert; deshalb müsse die Aufstellung der Kandidaten schon in den Wahlkreisen erfolgen.

*

Radikalismus rechts und links.

Die schönsten Worte, die man rechts von uns zu Tode zu hetzen pflegt, sind die von der „Einheitsfront" und vom „Wiederaufbau". Was es mit beiden auf sich hat, das zeigen die letzten Wochen, die wie ein wüster Traum hinter uns liegen, und die Herrn Dr. Kapp und Herrn Däumig und seinen verbrecherhaften Karrikaturen, dem Rinaldo-Rinaldi-„Präsidenten" Hoelz im Vogtlande und den „roten Armeeführern" im Rheinland, die Freiheit des Größenwahns schenkten. Der Radikalismus des Wortes, der von rechts und links gegen die Demokratie immer heftiger wurde, schlug um in den Radikalismus der Tat. Diese Opposition hat kein Recht, eine Einheitsfront zu propagieren, solange sie sich gegen die Demokratie wendet. Es gibt nur eine Einheitsfront im deutschen Volk; das ist die der Demokratie, hinter der breiteste Schichten des deutschen Volkes stehen. Die Antidemokraten rechts und links sind keine Einheitsfront und werden nie eine werden. Eine Zusammenfassung der Hauptkräfte des Volkes zum Wiederaufbau werden sie ebensowenig erzielen wie eine Wiedergeburt des Nationalbewußtseins. Denn sie zerstören, wie die letzten Wochen zeigen, nur die ruhige Entwicklung; sie sind zentrifugale Kräfte, die von dem Kraftzentrum wegführen, das sich im demokratischen Gedanken als dem ersten Ruhepunkt nach der Revolution gezeigt hatte. Neue Kraftzentren zeigen sich weder rechts noch links. Rechts galvanisiert man die Erinnerung an vergangene Größe, links die Hoffnung auf ein System, das in Rußland schon bankrott gemacht hat und in Sklaverei endet.

F.

*

Sieg der echt-nationalen Leute.

Graf Posadowsky-Wehner kandidiert nicht wieder. So hat sein entflohener Nachfolger auf der Liste Schiele-Naumburg doch gesiegt. Es kam, was kommen mußte, nachdem seit längerer Zeit in den mitteldeutschen Kreisen der deutschnationalen Volkspartei die radikalere Richtung anscheinend die Oberhand gewonnen hatte. In unserem thüringischen Nachbarkreise lehnte es vor einiger Zeit die Organisation ab, den ehemaligen Staatssekretär und Vizekanzler Clemens von Delbrück wieder aufzustellen.

Auch die Gegner bedauern das Ausscheiden der beiden klugen Parlamentarier mit ihrer vornehmen Denkart und ihrer klaren und strengen Sachlichkeit in der Vortragsweise. Sie nahmen sich ja auch zu merkwürdig aus inmitten ihrer so sehr auf demagogische Agitation eingestellten politischen Freundesschar, der sie nicht „national" genug war. Delbrück hatte recht, als er seinen Bedrängern zurief: „Wenn Sie mich nicht für national halten, so lassen Sie es bleiben! An meiner Persönlichkeit und meinem Ansehen wird damit nichts geändert."

Das erkennen auch wir als politische Gegner an. Aber die Parteifreunde der Herren werden das niemals begreifen!

*

Arbeitslosen-Unruhen in Hamburg.

Hamburg, 17. April. Anläßlich einer von der Arbeiterunion einberufenen, vom Garnisonältesten aber verbotenen Versammlung der Arbeitslosen kam es hier gestern zu Unruhen.

Zum Übergang der badischen Eisenbahnen auf das Reich.

Karlsruhe, 17. April. Der badische Landtag hat den Staatsvertrag betreffend den Übergang der badischen Eisenbahn auf das Reich mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Provinz und Umgegend.

† **Giersleben**, 16. April. Mittwoch gegen Mittag spielten drei Schulkinder, Kurt Hermann, Franz Heinze und Walter Hätsch, in der hiesigen Lehmkuhle der Gemeinde. Durch das Spielen lockerte sich das Erdreich und verschüttete die drei Knaben. Während die beiden Fritz Heinze und Walter Hätsch nur Verletzungen davontrugen, konnte Kurt Hermann nur als Leiche geborgen werden.

*

Ein merkwürdiger Aprilscherz.

Die „Volksstimme" in Magdeburg veröffentlichte Anfang April die Nachricht, daß in Neuhaldensleben, einem Nachbarstädtchen Magdeburgs, eine 20köpfige Falschmünzerbande ausgehoben worden sei, die für acht Millionen falsche Fünfzigmarkscheine hergestellt haben sollte. Außerdem seien Druckpressen, mehrere Maschinengewehre, Karabiner und Munition beschlagnahmt worden. Diese Nachricht ging dann durch die gesamte deutsche Presse und rief eine gewisse Beunruhigung sowie großes Mißtrauen gegen Papiergeld in der Bevölkerung hervor. Die Falschgeldabteilung der Reichsbank, die unter Leitung des Kriminalkommissars von Liebermann steht, fragte wegen dieser Meldung bei dem Magistrat in Neuhaldensleben an und erhielt den Bescheid, daß an derselben kein wahres Wort sei, daß es sich vielmehr lediglich um einen Aprilscherz der „Volksstimme" gehandelt habe.

Merseburg und Umgegend.

17. April.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Als Schwerbeschädigtenfürsorger für die Provinz Sachsen** ist vom Landeshauptmann an Stelle des ausgeschiedenen Direktors Gilling der Direktor Schapper in Merseburg, Landeshaus, berufen worden. Etwaige Anfragen und Gesuche sind laut Bekanntmachung des Regierungspräsidenten an den Genannten zu richten.

** **Zum Heimstättengesetz-Entwurf** wird uns geschrieben: Der Nationalversammlung ist ein Heimstättengesetz-Entwurf zugegangen, der noch vor ihrer Auflösung verabschiedet werden soll. Er lehnt sich eng an den von den Bodenreformern vorgeschlagenen Entwurf an, weicht aber in einigen wesentlichen Punkten zu ungunsten der Heimstätteninhaber davon ab. Hierzu nahm eine mehrtausendköpfige Versammlung in Hamburg Stellung. Die von den Bodenreformern Professor Ermann und Wiesener formulierten und von der Doppelversammlung einstimmig vorgeschlagenen Verbesserungen sind kurz folgende: 1. Alle Heimstätten müssen Nutzgärten haben. 2. Kein Vorkaufsrecht aber Heimfallsanspruch des Heimstättenausgebers. 3. Rentenform und Schutz gegen Überschuldung. 4. Bei Enteignung zur Bodenbeschaffung schnelles und endgültiges Verfahren, Enteignungspreis nach steuerlicher Selbsteinschätzung des Vorbesitzers. 5. Öffentliche Verbände haben im Rechts- und Verkehrswesen Heimstätten entschlossen und durchgreifend zu fördern. 6. Baugeld- und Baustoffbeschaffung. 7. Schaffung eines Heimstättenamts mit weitgehender Verordnungsgewalt. Ein Heimstättengesetz nach dem solche Notwendigkeiten unerledigt lassenden Regierungsentwurfe muß als Volksbetrug entschieden zurückgewiesen werden. — Die hiesige Ortsgruppe der Bodenreformer hat zugleich im Namen der hiesigen Siedler die Nationalversammlung dringend telegraphisch um Annahme der Verbesserungsvorschläge gebeten.

** **Verwaltung der direkten Steuern sowie der indirekten und Verkehrssteuern.** Gemäß § 5 der Einführungsverordnung vom 18. Dezember 1919 zur Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 hat mit Wirkung vom 1. April d. J. ab das Landesfinanzamt Magdeburg die ihm nach der Reichsabgabenordnung obliegenden Geschäfte, insbesondere die Verwaltung der direkten Steuern, sowie der indirekten und Verkehrssteuern von den bisherigen Oberbehörden (Regierungen, Oberzolldirektionen, Finanzdirektion Dessau) übernommen.

** **Reichskriminalpolizei.** Der Nationalversammlung soll vom Reichsministerium des Innern ein Entwurf zur Schaffung einer Zentral-Kriminalpolizei zugehen, sie soll den Zweck haben, die gesamte deutsche Kriminalpolizei zu zentralisieren. Die Organisationen in den Hauptstädten der Länder sollen einer Zentrale in Berlin unterstellt werden, die auch politische Verbrechen und das Ausländerwesen bearbeitet. Die Arbeiten der Kriminalpolizeibehörden werden durch eine Zentralisation vereinfacht und ausgenutzt.

** **Baukostenausgleich.** Dem Reichsrat ging ein Gesetzentwurf über die Erhebung der Abgabe zum Baukostenausgleich zu. Durch diese Abgabe sollen die Mittel aufgebracht werden, die für die Baukostenbeihilfs-Darlehen notwendig werden. Der Abgabe sollen alle vor dem 1. Juli 1918 ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erbauten Gebäude unterworfen werden. Ein bestimmter Anteil, dessen Höhe jährlich festgesetzt wird, ist dem vom Reich zu verwaltenden Ausgleichsfonds zuzuführen. Sie ist vom Mieter oder sonstigen Nutzungsberechtigten zu entrichten. Für 1920 ist die Erhebung von mindestens 15 Prozent des Nutzungswertes vorgeschlagen. Um einer weiteren Belastung der Mieter durch übermäßige private Mietssteigerungen vorzubeugen, wird daneben der Erlaß eines Reichsgesetzes vorbereitet, das diese Steigerungen begrenzen soll.

** **Sommerfahrplan 1920.** Der erste endgültige Entwurf des Sommerfahrplans der Eisenbahndirektion Erfurt, gültig vom 1. Juni, ist erschienen. Er ist als Werktagsfahrplan bezeichnet, woraus man leider schließen muß, daß der allseitig geforderte Sonntagszugverkehr vorläufig noch nicht in Aussicht steht. Die vorgesehenen neuen Zugleistungen halten sich in ganz bescheidenen Grenzen, im allgemeinen wird also der jetzt aufs äußerste eingeschränkte Zugverkehr auch während des Sommers weiter bestehen bleiben. — Nach einer Meldung aus Halle sollen ab 13. Mai (Himmelfahrtstag) Erleichterungen im Sonntagsverkehr zu erwarten sein. Daraus könnte man vielleicht die schwache Hoffnung herleiten, daß noch ein besonderer Sonntagsfahrplan herausgegeben wird.

** **Geldstücke aus Porzellan.** Um dem Kleingeldmangel ein Ende zu bereiten und das unansehnliche und wenig widerstandsfähige Papiergeld der kleineren Werte zu beseitigen, hat die Meißner Porzellan-Manufaktur dem Reichsfinanzministerium Vorschläge zur Herstellung von Porzellangeld unterbreitet. Die Porzellan-Manufaktur hat inzwischen Probestücke hergestellt, die sehr leicht und fest sein sollen; als Material wurde sogenanntes Bisquit-Porzellan verwendet. Trotzdem dürften die Versuche wenig praktischen Wert haben, da das Reichsfinanzministerium, wie wir hören, einer Einführung von derartigem Ersatzgeld ablehnend gegenübersteht. Um den Kleingeldmangel zu beheben, werden auch gegenwärtig wieder Fünf-, Zehn- und Fünfzigpfennigstücke aus Eisen und Aluminium geprägt. Für absehbare Zeit dürfte dies das einzige gemünzte Geld bleiben. Vielleicht würde man später auch zur Prägung von Markstücken schreiten, aber höhere Münzwerte würden nicht mehr geprägt werden.

** **Versteuerung von Kriegsanleihe, die in Zahlung gegeben wird.** Neuerdings werden bei Warenankäufen häufig Kriegsanleihen in Zahlung gegeben. Dabei wird, wie uns vom Hauptzollamt geschrieben wird, vielfach nicht beachtet, daß die Hingabe von Wertpapieren an Zahlungsstatt für Waren der Reichsstempelabgabe auf Wertpapierumsatz (Schlußnotensteuer) unterliegt, d. h. daß beide Teilnehmer am Handel über den Umsatz des Wertpapiers eine doppelte Schlußnote mit Angabe der Teilnehmer, der Wertpapiere, ihres Kurses und Betrags, des Orts und Tages ausstellen und diese Schlußnote, wenn kein amtlich gestempelter Vordruck verwendet wird, durch Aufkleben von Reichsstempelmarken versteuern müssen. Die Abgabe beträgt bei deutschen Kriegsanleihen in der Regel 20 ₰ von je angefangenen 1000 M (bei anderen Wertpapieren höhere Beträge). Die Marken und Vordrucke sind von den Zollstellen zu beziehen. Bei Unterlassung dieser Versteuerung setzen sich alle Beteiligten empfindlichen Strafen aus.

** **Rückkehr der Merseburger Kinder aus der Schweiz.** Die am 19. Februar 1920 in die Schweiz entsandten Merseburger Kinder sollen nach Mitteilung der Zentralstelle in Halle am Dienstag den 20. April, nachmittags 5 Uhr, hier wieder eintreffen. Vom Magistrat ist bei der Eisenbahndirektion in Halle beantragt, den Sonderzug in Merseburg halten zu lassen, damit die zurückkehrenden Merseburger Kinder von ihren Angehörigen hier in Empfang genommen werden können.

** **Aushang der städtischen Lebensmittelbekanntmachungen.** Der Magistrat hat neuerdings angeordnet, daß Sonderdrucke des „Amtsblattes der Stadt Merseburg", das allwöchentlich zweimal dem „Merseb. Korrespondent" beigegeben wird, nicht mehr an die Verkaufsstellen usw. ausgegeben werden. Dagegen haben alle Lebensmittel-Verkaufsstellen (Kolonial- und Materialwarenhandlungen), Bäcker, Fleischer usw. die amtlichen Bekanntmachungen des Magistrats sofort nach der Veröffentlichung im „Merseburger Korrespondent" oder im „Amtsblatt der Stadt Merseburg" auf einer besonders dazu hergerichteten Tafel (z. B. schwarzem Brett usw.) im Schaufenster oder in anderer geeigneter Weise so aufzuhängen, daß sie von jedermann von außen gelesen werden können. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

** **Die Direktion der Unterstützungskasse für im Feuerlöschdienst Verunglückte** hierselbst veröffentlicht folgende Rechnungsergebnisse für 1919: Einnahmen 51 775 M, Ausgaben inkl. 1891,62 M Verwaltungskosten 57 805,74 M, somit Mehrausgabe 6030,74 M. Vermögensbestand Ende 1919: 78 604,03 M (gegen 84 634,74 M Ende 1918).

** **Die Sieben Schwaben in Merseburg.** Höchst erstaunt wird man fragen, wie in aller Welt sind denn die „Sieben Schwaben" nach Merseburg gekommen und was haben sie da gemacht? Geduld! Am Mittwoch den 14. April 1920 sind sie in stiller Nacht auf den Straßen der guten alten Stiftsstadt Merseburg in Erscheinung getreten. Wer es nicht glauben will, konnte sich durch Augenschein überzeugen, daß es kein Spuk, sondern Wirklichkeit war. Kommt da in feierlichem Schritt die Gotthardtstraße herab über den Entenplan in die Burgstraße ein Zug Männer, eine gewaltige Speerstange tragend, just wie wir es schon als Kinder aus dem Märchen von den „Sieben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0002

Schwaben“ kennen. **Etliche heimkehrende Merseburger blickten mit stillem Behagen auf die seltsame Schar, die ernst und lautlos ihres Weges zog, als ginge es sonst wohin zu hohen und höchsten Dingen. Und siehe, deutlich hörte man es auf dem Bürgersteig flüstern: „Die Sieben Schwaben!“ Diese taten als hörten sie nichts und gingen weiter in der Stille der Nacht dahin Schritt für Schritt. Wo sie geendet zu löblichem Tun, ich weiß es nicht. Wohl bekomms Euch! Glück auf!

Schw.

** **Schweinerotlauf.** Bei dem Schweinebestande des Privatmanns Peege an der Weißen Mauer ist der Rotlauf amtlich festgestellt worden.

** **Neue Tariferhöhung bei der Straßenbahn.** Abermals gibt die Direktion der Merseburger Überlandbahnen bekannt, daß vom 1. Mai 1920 an eine Erhöhung der Fahrpreise auf sämtlichen Überlandbahnen eintritt.

** **Ein Paar Schuhe** wurden Sonnabend mittag einem Schulmädchen auf dem Altenburger Damm gestohlen. Sie wollte gern bei dem schönen Wetter barfuß laufen und stellte die Schuhe auf eine Bank. Nach kurzer Zeit waren sie verschwunden.

** **Einbruch beim Männer-Turnverein.** Wir berichteten schon gestern über den schweren Einbruch in der städtischen Kläranlage. Die Einbrecherbande hat auf ihrem Diebeszug in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag vor der Verübung des gemeldeten Einbruchs das Grundstück des Männer-Turnvereins geplündert. Sie sind durch ein Fenster, das sie zerschnitten, in die Turnhalle eingebrochen und hießen das ihnen Nützliche mitgehen. Sie schnitten von einem Turnbock und einem Turnpferd das sämtliche Leder ab, von einem zweiten Turnpferd trennten sie die besten Stücke Leder heraus. Weiter brachen sie die Wandschränke auf und stahlen die Turngegenstände wie Schuhe, Kleidungsstücke usw. Bei der Suche gestern nachmittag fand man in der Nähe einige Schuhe, Kleidungsstücke und ein größeres Stück Leder wieder, die die Einbrechergesellschaft versteckt hatten. Von hier aus wandten sie sich dann nach der städtischen Kläranlage, wo sie die fünf Treibriemen im Werte von über 20 000 *M* stahlen.

** **Die hiesige Bezirksregierung** ersucht im Amtsblatt, Stück 15, alle diejenigen, welche innerhalb ihres Geschäftsbereiches aus der Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 herrührende Forderungen an den Staat zu erheben haben, ihre Rechnungen sobald als möglich, spätestens aber in den ersten Tagen des Monats April einzureichen.

** **Ein neuer Stenographiekursus** in Gabelsbergerscher Kurzschrift beginnt, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, am Mittwoch den 21. d. Mts., in der Schule Wilhelmstraße. Bei der großen Bedeutung, die die Stenographie im Wirtschaftsleben erlangt hat, ist sie in allen schreibenden Berufen schlechthin unentbehrlich geworden. Darum sollten namentlich die jetzt in die kaufmännische Lehre tretenden Personen sich zu dem Kursus anmelden.

*

Beschäftigung von Schwerbeschädigten.

Nach dem in der Nr. 67 des Reichsgesetzblattes abgedruckten Gesetz vom 6. d. Mts. über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, ist jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, verpflichtet, einen für diesen Arbeitsplatz geeigneten Schwerbeschädigten anderen Bewerbern vorzuziehen. Als Arbeitgeber gelten auch Körperschaften des öffentlichen Rechts, als Arbeitsplätze auch die Beamtenstellen. Als Schwerbeschädigte gelten alle Personen, welche auf Grund der Versorgungsgesetze wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr Prozent der Vollrente beziehen. Ihnen stehen auch Personen gleich, welche auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung 50 oder mehr Prozente der Vollrente oder auf Grund des Unfallfürsorgegesetzes vom 18. Juni 1901 eine Pension beziehen, die einer Einbuße an Erwerbsfähigkeit um 50 oder mehr Prozent entspricht usw.

Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung des Reichsrates anordnen, daß vom Reich usw. zahlenmäßig bestimmte Prozentsätze der Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten besetzt werden und daß von privaten Arbeitgebern bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die für Schwerbeschädigte geeignet sind, freizuhalten sind. Auch können solche private Arbeitgeber verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen. Werden für Schwerbeschädigte freizuhaltende Arbeitsplätze frei, so ist dies binnen drei Tagen der Hauptfürsorgestelle anzuzeigen.

Landwirtschaftliche Arbeitgeber können den ihnen obliegenden Verpflichtungen dadurch genügen, daß sie Schwerbeschädigten Siedelungsstellen zu Eigentum oder Pacht überlassen.

Schwerbeschädigte dürfen nur mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen entlassen werden, und zwar ist jede Kündigung auch der Hauptfürsorgestelle anzuzeigen. Für den Zeitraum von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ist eine Kündigung gegenüber Schwerbeschädigten nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zulässig.

Das Gesetz tritt zwei **Wochen** nach seiner Verkündigung, also am **22. April d. J.** in Kraft.

*

Die Gewerkschaften zur Bildung von Ortswehren.

Zur Bildung von Ortswehren zum Schutze der Republik haben die sechs großen Gewerkschaften — Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Verband der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Deutscher Beamtenbund, Berliner Gewerkschaftskommission — unterm 13. April folgenden Aufruf erlassen:

Obwohl durch den Generalstreik und den einmütigen Widerstand der gesamten republikanischen Bevölkerung die drohende Militärdiktatur abgeschlagen ist, rüstet die Reaktion zu neuem Schlag.

Die oben bezeichneten Organisationen sind fest entschlossen, eine Wiederkehr des alten militärischen Regiments zu verhindern. Es haben zu diesem Zweck bereits Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, in denen die Einreihung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in die Sicherheitswehren, sowie in die neuaufzustellenden Ortswehren, vorbehaltlich der Vereinbarung technischer Einzelheiten, zugesichert wurde.

Wir fordern nunmehr die Ortsausschüsse bezw. Kartelle auf, Einzeichnungslisten für den Eintritt in die Sicherheitswehren bezw. in die Ortswehren aufzulegen und alles weitere Erforderliche für die Heranziehung geeigneter organisierter Arbeitnehmer für den bewaffneten Schutz der Republik unverzüglich in die Hand zu nehmen.

Die aufzustellenden Listen **müssen Angaben über die persönlichen und Militärverhältnisse der Bewerbenden enthalten.**

*

Helft alle beim Kampf gegen die wucherischen Volksfeinde.

Das Landespolizeiamt läßt uns folgenden Aufruf zugehen, der den Schleichhändlern, Schiebern und Wucherern schärfsten Kampf ankündet. Nieder mit den Blutsaugern unseres Volkes! Gehörst Du auch dazu? Kennst Du einen Schleichhändler, Wucherer oder Schieber? Warum zeigst Du ihn nicht an? Warum beschützt Du ihn gar und hilfst ihm für einen Judaslohn Deinem Volke, unseren Kindern, unseren Müttern, unseren Kranken und Schwachen das Lebensmark aussaugen? Warum kaufst Du ihm Schleichhandelswaren zu Wucherpreisen ab? Unser Volk muß zugrunde gehen, wenn es sich nicht selber hilft. Ohne jede Schonung muß der Kampf gegen diese, unsere schlimmsten Feinde geführt werden. Bringt jeden zur Anzeige, vor allen Dingen auch jeden Beamten, jeden Helfershelfer, der um eigener Vorteile willen diesen Schurken hilft. Nur auf diese Weise könnt Ihr selbst Euch vor dem Untergange retten! Beherzigt das wohl und handelt danach! Alle Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden nehmen Anzeigen entgegen.

*

Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit der Verkehrsbeamten bei der Post.

wird uns von einem Verkehrsbeamten geschrieben: In Ihrer Zeitung bringen Sie die Nachricht, daß das Verkehrspersonal der Post und Eisenbahn den 9-Stundentag anbietet. Nachdem die Beamtenschaft jahrzehntelang um die Einführung des 8-Stundentages gekämpft hat, sind nach kaum einem Jahre des Erfolges schon Kräfte am Werke, diesen so bitter erkämpften 8-Stundentag der Beamtenschaft wieder streitig zu machen. Man appelliert an unser Solidaritätsgefühl und mutet uns zu, den 9-, sogar 10-Stundentag wieder aufzunehmen, um die — Valuta — zu heben. Wir müssen uns doch ernstlich fragen: „Können wir die Retter sein?“ Nach all den Erfahrungen, die die Beamtenschaft gesammelt, müssen wir „Nein“ sagen. Glauben die Anhänger einer längeren Arbeitszeit wirklich, daß das gute Beispiel der Beamten auf die Industriearbeiter derart ermunternd wirken würde, daß die 9stündige Arbeitszeit als Gesetz anerkannt wird? O nein, dadurch wäre nur das eine erreicht, den alten Klassendünkel wieder hergestellt zu haben.

Warum soll gerade die Beamtenschaft durch Annahme des 9-Stundentages mit einem guten Beispiel vorangehen? Wohl deshalb, weil sie bisher bei der Bemessung der Lebensmittel an letzter Stelle stand?

Gerade die Beamten sind doch während des Krieges stets als Stiefkinder behandelt worden. Gelinde gesagt, sie würden sich damit ein eigenes frühes Grab schaufeln unter den derzeitigen Lebensverhältnissen. Abgesehen davon, welche Unstimmigkeiten wir damit unter den Arbeitslosen, denen wir neuen Zuwachs brächten, heraufbeschwören würden.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent“.

Naumburg 05 gegen V. f. L.-Merseburg.

Wie wir schon kurz mitteilten, stehen sich diese beiden Gegner morgen auf dem V. f. L.-Sportplatze hier im Liga-Verbandsspiele gegenüber. Die Naumburger sind uns von ihrem schneidigen Spiel der Zwischenrunde um die mitteldeutsche Meisterschaft, zu dem sie im vorigen Jahre in Merseburg, also auf neutralem Platze, gegen den V. f. L.-Halle anzutreten hatten, noch in bester Erinnerung. Dieser Kampf brachte seinerzeit eine Riesenüberraschung. Gelang es doch den Naumburgern, nachdem sie sich in hervorragender Weise die Meisterschaft des Elbegaues errungen hatten, gegen die erprobte, von Anfang an als überlegener Sieger angesprochene Hallesche Mannschaft in der normalen Spielzeit ein Unentschieden zu erkämpfen, so daß eine Verlängerung des erbitterten Kampfes nötig wurde. Erst dann gelang es dem mitteldeutschen Meister, knapp die Oberhand zu gewinnen. Auch im Spiele der ersten Serie gegen unseren V. f. L., das in Naumburg ausgetragen wurde, gelang es den Naumburgern, wenn auch mit etwas Glück, einen Sieg herauszuholen. Die heimische Mannschaft wird diesmal naturgemäß alles daran setzen, um diese damals völlig unerwartet kommende Niederlage wieder wettzumachen. Ob ihr das gelingen wird, muß abgewartet werden, zumal es zurzeit noch nicht feststeht, ob Heitkamp und Pätz schon wieder spielfähig sind. Als Ganzes werden die Heimischen zweifellos besser, auch technisch den Gästen um einen geringen Grad voraus sein; dem haben die Naumburger aber hervorragende Einzelleistungen und ein außerordentlich eifriges Spiel entgegenzusetzen. Jedenfalls wird sich ein sehr schneller, erbitterter Kampf entwickeln, der an Qualität dem vor kurzem hier ausgetragenen gegen die Leipziger „Eintracht“, der dem hiesigen Fußballsport viele neue Anhänger und Freunde zuführte, kaum nachstehen dürfte. Der Beginn des Spieles ist auf 3¼ Uhr angesetzt.

⚽ **V. C. „Preußen“.** Die I. Mannschaft tritt morgen auf dem hiesigen Nulandtsplatze gegen den V. f. B.-Lettin im Verbandsspiel an. Das Spiel der vergangenen Herbstserie gewannen die Hiesigen überraschend hoch mit 6 : 2. Die zuletzt erzielten Resultate des V. f. B. zeigen, daß er seitdem eine Formverbesserung durchgemacht und an Spielstärke wesentlich gewonnen hat, so daß den Hiesigen der Sieg nicht wieder so leicht werden dürfte. — „Preußen“ IV trägt vorm. 12 Uhr ebenfalls auf dem Nulandtsplatze ein Gesellschaftsspiel gegen „1910“ III-Ammendorf aus.

⚽ **V. V. „Hohenzollern“.** Am Sonntag steht im Verbandsspiel die II. Mannschaft des V. V. „Hohenzollern“ der gleichen Elf des Halleschen „F. C. 1910“ gegenüber. In der ersten Spielserie mußte „Hohenzollern“ den Hallensern den Sieg mit 5 : 7 überlassen, allerdings spielten die Hiesigen nur mit 9 Mann bei schwerem Boden. Falls „Hohenzollern“ mit voller Mannschaft antritt, dürfte ein knapper Sieg unserer Hiesigen wahrscheinlich sein. — Die IV. Mannschaft tritt im Gesellschaftsspiel „Germania“ III-Merseburg gegenüber.

⚽ **„Germania“** II fährt kommenden Sonntag nach Halle zum Verbandsspiel gegen „Sportbrüder“ II. — „Germania“ III spielt in Mücheln gegen „Sportklub“ II.

⚽ **Städte-Fußballjugendspiel Halle—Merseburg.** Das für heute, Sonnabend, angesetzte Auswahlspiel der beiden Merseburger Mannschaften kann leider nicht zum Austrag kommen, da die hiesigen Vereine sehr stark am morgigen Sonntag an einem Waldlauf beteiligt sind. Das Auswahlspiel wird darum bestimmt am Montag, abends ½6 Uhr, auf dem Sportplatz des V. f. L. in der Krautstraße stattfinden. Dadurch, daß sich in diesem Spiel die 22 besten Merseburger Jugendspieler gegenüberstehen, verspricht das Spiel guten Sport zu zeitigen. — Das Endspiel, in dem sich Halle und Merseburg dann messen, findet Sonntag den 25 April, vorm. ½11 Uhr, auf demselben Platze statt.

⚽ **Um die Deutsche Meisterschaft** sind die Termine bereits festgesetzt. Die Vorrunde findet am 16. Mai statt. Es spielen an diesem Tage: in Halle Mitteldeutscher Meister gegen den Süddeutschen Meister. In Mannheim Spielvereinigung Fürth gegen den Westdeutschen Meister. In Kiel der Norddeutsche Meister gegen den Meister Nordostdeutschlands und in Breslau der Berliner Meister und Südostdeutsche Meister. Die Zwischenrunde soll am 30. Mai steigen, das Schlußspiel am 13. Juni.

*

Werbe-Sternlauf am 9. Mai 1920 in Merseburg.

Der Ortsausschuß für Leibesübungen zu Merseburg veranstaltet am 9. Mai d. J. die vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen als einheitliche Kundgebung in ganz Deutschland beschlossene Durchführung des Spielplatz-Werbetages in Gestalt eines Sternlaufes in der Weise, daß von den verschiedensten Außenstellen der Stadt Merseburg die Vereine und Schulen in Läufergruppen durch die Hauptstraßen eilen — guter Lauf, bei größeren Strecken als Ruhepause durch kurzen Marsch unterbrochen — und sich zu bestimmter Zeit auf dem Marktplatz zusammenfinden, wo die eigentliche Feier vor sich geht.

Der Ortsausschuß wird an die einzelnen Vereine usw. herantreten und es darf wohl angenommen werden, daß sich die ganzen Leibesübungen treibenden Kräfte in Merseburg zu diesem Zweck zur Verfügung stellen und eine Massenkundgebung herauskommt.

Staatliche und städtische Behörden, Stadträte, Stadtverordnete usw. werden eingeladen; sie haben hier vor der Öffentlichkeit durch ihr Erscheinen zu bezeugen, ob sie dem für unser deutsches Volkstum gerade in jetziger Zeit so außerordentlich wertvollen Leibesübungen die erforderliche Anteilnahme entgegenbringen. Bisher wurde in Merseburg nicht das Interesse, wie es erfreulicherweise von anderen Städten gemeldet wird, bekundet; der neu eingerichteten städtischen Körperschaft für Leibesübungen harrt da viel Aufklärungs- und praktische Arbeit.

Auf dem Marktplatz soll nach einer entsprechenden Ansprache an das Stadtoberhaupt eine Denkschrift der Leibesübungen treibenden Vereine usw. überreicht werden, aus der die Wichtigkeit und außerordentliche Bedeutung der Schaffung ausreichender Spielplätze hervorgehen wird.

Wenn es sich ermöglichen läßt, wird **ein Konzert, das der Feier** eine besondere Stimmung verleihen soll stattfinden.

Der Spielplatz-Werbetag wird Freunden der **Leibesübungen Gelegenheit** bieten, sich nach Kräften durch Unterstützung mit Rat und Tat (wem es möglich ist, auch durch geldliche Beisteuer) **Verdienste** um die Förderung deutscher Volkskraft zu erwerben.

Nähere Einzelheiten über die Ausgestaltung des **Werbe-Sternlaufes** und der sonstigen Kundgebung werden noch bekannt gegeben.

*

Vereins- und Versammlungskalender.

Sonnabend: V.f.L., abends ½8 Uhr, Monatsversammlung im eigenen Vereinshaus.

*

Für unsere Hausfrauen.

Lebensmittelkalender für Montag den 19. April 1920.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch nach Anlieferung; Bekanntgabe in den Geschäften.

Merseburg-Land: Vom 18.—24. April auf gewöhnliche Fettmarken 100 Gramm, auf Zusatzfettmarken 50 Gramm Fett.

§ **Dürrenberg,** 17. April. Die Preußische Staatsregierung hat nachstehenden Beamten und Arbeitern an der hiesigen Saline das „Verdienstkreuz für Kriegshilfe“ verliehen: Dem Betriebsbeamten Zahn-Dürrenberg, Salinenbeamten Pechau-Dürrenberg, Siedemeister Weickart-Dürrenberg, Sieder Franz Abel-Kl.-Ostrau, Salzpacker Wilhelm Römer-Keuschberg, Polier Karl Hertel-Lennewitz, Bergmann Hermann Schkölziger-Vesta, Materialienaufseher Tangermann-Dürrenberg, Obersteiger Dantz-Tollwitz, Gradiermeister Leonhardt-Dürrenberg, Maschinen-Werkmeister Keil-Dürrenberg. Die Abzeichen und Besitzzeugnisse sind den Beliehenen vom Oberbergamt Halle unmittelbar zugestellt worden.

§ **Porbitz,** 17. April. In der am Mittwoch-Abend im „Kronprinz“ stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des „Handwerkervereins Porbitz und Umegend“ hielt Hauptlehrer Züge einen interessanten Vortrag über „Ländliche oder gewerbliche Fortbildungsschule“. Vortragender erläuterte den Lehrplan einer ländlichen und Lehrer Schmiedchen den Lehrplan einer gewerblichen Fortbildungsschule eingehend und konnten sich die Anwesenden davon überzeugen, daß bei der von der Regierung einzuführenden obligatorischen Fortbildungsschule hier nur eine „gewerbliche“ in Frage kommen könne. Der Vorsitzende, Herr Krumbholz, sprach den Herren für die Aufklärung den Dank der Versammelten aus und forderte die Mitglieder auf, in diesem Sinne zu wirken und für die gewerbliche Fortbildungsschule einzutreten, wo sich Gelegenheit bietet.

§ **Wehlitz,** 17. April. Der Pappenmacher Johann Nagel aus Schkeuditz konnte gestern des Tages gedenken, an dem er vor 25 Jahren bei der Firma F. M. Weber, Papier- und Pappenfabrik Wehlitz, eintrat. Der Inhaber der Firma, Herr Preller, nahm gern Gelegenheit, auch diesen treuen Mitarbeiter an seinem Ehrentage zu beglückwünschen und in der üblichen ehrenden und anerkennenden Weise zu erfreuen.

§ **Schkeuditz,** 17. April. Die Herren Max Göricke, Herm. Gründling aus Schkeuditz und Otto Thate aus Papitz bestanden am Donnerstag vor der Meister-Prüfungs-Komission in Halle die Prüfung als Tischlermeister. Sie erwarben dadurch das Recht zur Führung des Meistertikels und zur Anleitung von Lehrlingen.

§ **Aus dem Kreise Merseburg,** 17. April. Der Kreisausschuß gibt im Amtsblatt für den Kreis Merseburg in dieser Ausgabe des „Merseburger Korrespondent“ eine Verordnung über Maßnahmen zum Schutze der Mieter und das Mietseinigungsamt bekannt, auf die besonders hingewiesen sei. Darin wird u. a. bestimmt: Jede Neuvermietung einer Wohnung bedarf der vorherigen Genehmigung des Wohnungsamtes. Sofern Mietssteigerungen damit verbunden sind, erfolgt die Genehmigung jedoch nur mit Zustimmung des zuständigen Mietseinigungsamtes.

*

Im Amtsblatt Stück 28 des Kreises Merseburg,

das dieser Nummer des „Merseburger Korrespondent“ beigegeben ist, sind enthalten: Ein Aufruf an die Arbeiter und Arbeitgeber in der Landwirtschaft durch die entsprechenden sechs Verbände; Verordnung des Oberpräsidenten Hörsing über die Waffenablieferung der Zeitfreiwilligen; Bekanntmachung über die Versteuerung der im Kleinhandel befindlichen Luxusgegenstände beim Umsatzsteueramt des Kreises; Bekanntmachung über Körung von Zuchtstieren bezw. Anmeldung beim Landratsamt; Verordnung über neue Höchstpreise für Seifen, Seifenpulver und andere fetthaltige Waschmittel usw. Wir weisen auf den Inhalt des Amtsblattes besonders hin.

Mücheln und Umgegend.

17. April.

⁑ **Mücheln,** 17. April. Am 13. April versammelte sich der neugewählte Elternbeirat von Mücheln zu seiner ersten Sitzung im Ratskeller. Namen der Mitglieder: 1. Otto Eberhardt, 2. Otto Heinrich, 3. Louis Kosahl, 4. Wilhelm Kunth, 5. Fritz Lenz, 6. Hugo Matthes, 7. Elisabeth Rat. Tagesordnung war: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Verschiedenes. Der Einberufer Rektor Meitz begrüßte die Erschienenen und wünschte, daß der Elternbeirat eine segensreiche Tätigkeit entwickeln möchte. Er legte sodann an der Hand der ergangenen Ministerialverordnungen die Aufgaben des Elternbeirates dar. Durch Zuruf wurden gewählt zum ersten Vorsitzenden Fritz Lenz, zum zweiten Vorsitzenden Otto Eberhardt, zum ersten Schriftführer Otto Heinrich, zum zweiten Schriftführer Louis Kosahl. Der neugewählte Vorsitzende übernahm nunmehr den Vorsitz. Es wurden sodann noch folgende Beschlüsse gefaßt: 1. beim Magistrat vorstellig zu werden, daß dem E.-B. für seine Sitzungen das Kommissionszimmer im Rathause zur Verfügung gestellt werde, 2. nach den Osterferien an einem mit dem Schulleiter zu vereinbarenden Tage während des Unterrichts eine Besichtigung der Schule vorzunehmen.

⁑ **Braunsdorf,** 17. April. Am 8. April, vormittags gegen 10 Uhr, explodierte auf dem Werke Pfännerhall ein Trockenofen. Der Ofen war in Brand geraten. Der Vorschrift zuwider wurde mit Wasser gelöscht, worauf der Ofen sofort explodierte. Durch den Druck wurde das Wellblechdach zum Teil abgedeckt und die Fensterscheiben zertrümmert. Der Brikettmeister Scharf, Oberaufseher Valentin, Schmied Kakuschki und Maurer Wirth erhielten zum Teil schwere Brandwunden.

⁑ **Niedereichstedt,** 17. April. Am kommenden Montag den 19. April, abends 8 Uhr, hält die Ortsgruppe Niedereichstedt der Deutschen demokratischen Partei eine Mitgliederversammlung ab, zu der auch Parteifreunde, die gesonnen sind, der Partei beizutreten, eingeladen sind. Parteisekretär Walther-Merseburg spricht in der Versammlung über die politische Lage.

Wetterwarte.

V. W. am 18. 4.: Wolkig, zeitweise heiter, warm, gewitterhafte Regenschauer. — 19. 4.: Teils heiter, Gewitterbildung, dann kühler.

Theater und Musik.

b **Stadttheater Halle.** (Spielplan vom 18. bis 24. April.) Sonntag nachmittag 3 Uhr „Nora“, abends 7 Uhr „Der Wildschütz“. Montag 6 Uhr „Tristan und Isolde“. Dienstag 7 Uhr „Wozzeck“. Mittwoch 7 Uhr „Königskinder“. Donnerstag 7 Uhr „Die heimliche Ehe“. Freitag 7 Uhr „Helden“. Sonnabend 7 Uhr „Der Wildschütz“.

Thalia-Theater. Sonntag den 18. April, abends 7 Uhr „Herrschaftlicher Diener gesucht“.

Vermischtes.

* **50 000-Mark-Spende für die Stadt Berlin.** Der Berliner Magistrat hat die Annahme einer Spende von 50 000 *M* zur Begründung einer Markus- und Mathilde-Koppel-Stiftung beschlossen. Die Zinsen sollen zu Weihnachten an arme Familien verteilt werden. Außerdem haben die Spender 10 000 *M* zur sofortigen Verteilung an christliche und jüdische Lehrlinge letztwillig vermacht.

* **Zigaretten aus Seegras.** In München wurde am Mittwoch ein Kriegsinvalide aus Augsburg festgenommen, der Zigaretten verkaufte, die statt mit Tabak mit Seegras gefüllt waren. Die Verhaftung erfolgte, als er eben einer Firma in Hof für 20 000 *M* derartige Zigaretten verkauft hatte. Der Umfang der Schwindeleien muß erst festgestellt werden.

* **Die „Moral“ des Räuberhauptmanns.** Das Publikationsorgan des Diktators des Vogtlandes, Hölz, der „Falkensteiner Anzeiger“, bringt in auffälligem Druck am 13. März eine „Bekanntmachung“ des „Genossen Hölz“ — die Bezeichnung „Herr Präsident“ hat er sich energisch verbeten —, in der er allen unverheirateten und verheirateten Frauenspersonen mit schwerer Geldstrafe und Veröffentlichung ihrer Namen droht, wenn sie ihn weiter mit Liebesbriefen und mehr oder weniger deutlichen Werbungen bedenken. Herr Hölz beruft sich darauf, daß er verheiratet sei. — Das muß man sagen, galant ist der Genosse Hölz nicht.

* **Einbruch in den Hildesheimer Domschatz.** Aus Hildesheim wird gemeldet: Ein Teil des berühmten Hildesheimer Domschatzes wurde in der Nacht von Einbrechern gestohlen. Man hatte in der letzten Zeit viele der wertvollsten Gegenstände aus dem Dom entfernt. Dennoch waren zahlreiche Gegenstände, die bedeutenden Kunst- und Geldwert haben, im Dom verblieben. Gestohlen wurden u. a. vier große schwere goldene Kelche, zwei goldene Monstranzen, sechs silberne und goldene Kreuze und viele andere kirchliche Gegenstände aus Gold.

*

Für 25 Millionen Mark Lebensmittel verbrannt.

Hamburg, 17. April. Die „Hamb. Nachrichten“ melden: Am Freitag 9 Uhr entstand in der Zollvereinsniederlage in einem Lebensmittellager Großfeuer aus bisher unaufgeklärter Ursache. Der Schuppen ist vollständig ausgebrannt. Es lagerten darin große Vorräte an Mehl, Getreide und Kartoffeln, die der Stadt gehörten. Der Schaden wird auf 25 Millionen beziffert, wobei der Verlust an Gebäuden noch nicht eingerechnet ist.

*

Explosion eines belgischen Granatendepots.

Longwy, 17. April. In dem belgischen Grenzort Aubange ist ein Granatendepot in die Luft geflogen. Es gab sieben Tote.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0003

Kunststopferei und Handweberei. Guddat, Gutenbergstraße 13, I.

Der Verband für die Züchtung des Simmentaler Rindes in der Provinz Sachsen
Erfurt
veranstaltet am Donnerstag, den 6. Mai d. J., seine
XI. Verbandsbullenschau
Im Anschluß daran findet am Freitag, den 7. Mai, vorm. 11 Uhr in den Stallungen der Firma Josef Frank, Erfurt, Futterstraße 17 seine
25. Zuchtbullenversteigerung
statt. Zum Verkauf gelangen nur gegen Barzahlung zirka 65 meist sehr hochwertige Bullen, welche sämtlich von Herdbuchtieren abstammen.
Zucht- und Stierhaltungs-Genossenschaften, sowie Einzelzüchtern ist günstige Gelegenheit geboten, ihren Bedarf an reinblütigen Bullen zu decken.
Verkaufs-Verzeichnisse versendet kostenlos die **Geschäftsstelle Erfurt, Andreasstr. 43.**
Käufer aus der Prov. Sachsen müssen eine Bescheinigung ihres zuständigen Amtsvorstehers vorlegen, daß die Tiere zu Zuchtzwecken bezw. in der Wirtschaft Verwendung finden sollen. Käufer aus anderen Provinzen bezw. Staaten haben eine Einfuhr-Erlaubnis ihrer Provinzial-Fleischstelle bezw. ihres Landes-Fleischamtes mitzubringen.

Jäger, Schützen und Bekannte
treffen sich in Leipzig, Nikolaistraße 15:
Bären-Schänke.
Neue Bewirtschaftung. Neu renoviert.
Echt Kulmbacher. Gute Küche.
Weidmannsgruß Max Schütze.

Heute traf ein großer Posten
prima Lämmer
bei uns ein und offerieren solche billigst.
Gustav Daniel & Co., Weißenfels a. S.
Fernsprecher 67.

Ernst Rulffes
Herren-Moden * Tuchhandlung
Fernruf 421 : Entenplan 4 : Fernruf 421
Spezialität:
Imprägnierte Münchener
Loden-Mäntel
in nur besten Qualitäten!

Schutz geg. Einbruch, Diebstahl und Mord.
Bei geringster Oeffnung der Fenster oder Türen ertönen sofort 6 und 8 Schuss, wodurch der Dieb verscheucht wird und die Einwohner alarmiert werden. — Verkaufspreis 5 bis 10 Mark pro Stück.
Tüchtige Vertreter u. Wiederverkäufer allerorts gesucht.
Generalvertrieb: Klinge & Co., Aschersleben.

Paul Naumann * Merseburg a. S.
Telephon 265 Hirtenstrasse 11 Telephon 265
Telegramm-Adresse: Transport-Naumann
Möbeltransport
Spedition * Lagerung
Grösstes und leistungsfähigstes Möbeltransportgeschäft am Platze — Festangestellte Packer. — Zuverlässige Möbelträger. — Ausführung auch der schwierigsten und grössten Transporte von und nach jedem Orte mit eigenen modernen Patent-Möbelwagen. — Transport-Versicherung.
Vertreterbesuche unverbindlich. Offerten kostenlos.

Wir kaufen und verkaufen alle
Elektromotore
Ingenieurbüro Karl Schmid & Co.
Telephon 60133 Leipzig Dresdner Str. 4.
Kaufen auch reparaturbedürftige Motore an.

— Zu der —
am Montag, 26. April 1920, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zum halben Mond"
stattfindenden
General-Versammlung
laden wir unsere Mitglieder hiermit ein.
Tagesordnung wird jedem Mitgliede durch Vereinsboten besonders zugestellt
Einkaufs-Verein der Kolonialwarenhändler e. G. m. b. H. zu Merseburg.
— Der Aufsichtsrat. —

G.-V. „Neu-Amicitia".
CASINO.
Sonntag, 18. 4. 1920, von nachm. 3 Uhr an
Großer Elite-Ball.
Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen. Der Vergnügungs-Ausschuß.

Nicht der Preis
sondern die Verbreitung der Anzeigen ist maßgebend für den Erfolg der Reklame.
Für Stadt und Kreis Merseburg kommt für eine durchgreifende Werbetätigkeit nur der
Merseburger Korrespondent
in Frage.

Rheumatismus
rheum. Kopf- u. Gesichtsreißen (Hexenschuß, Ischias).
Wer daran leidet, dem können wir helfen.
Es ist gefunden das einzig dastehende Naturmittel.
Kurerfolg wird garantiert.
Verlangen Sie sofort kostenlos Prospekt.
Gebr. Birnstengel, chem. techn. pharm. Labor., Bisterwerda-Biehla.

Vereinshaus V. f. L.
Hiermit bringen wir zur Kenntnis, dass wir das ehemalige Restaurant **Augarten** in der Krautstrasse ab 1. April d. J. pachtweise übernommen und als **Vereinshaus** der Neuzeit entsprechend renoviert und ausgebaut haben. Wir haben damit einem langjährigen Bedürfnis Rechnung getragen und hoffen durch zahlreichen Besuch unserer sämtlichen grosszügigen Veranstaltungen seitens des hiesigen sportliebenden Publikums auf weitgehendste Unterstützung.
V. f. L.-Merseburg.

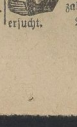
Die Bewirtschaftung des Vereinshauses des V. f. L.-Merseburg habe ich am 1. April d. J. übernommen und empfehle den Mitgliedern des Vereins, sowie allen sonstigen Sportanhängern die aufs Beste hergerichteten, ausgedehnten Räumlichkeiten desselben zur gefl. Benutzung. Für gute Speisen und Getränke ist jederzeit bestens gesorgt. Besondere Beachtung bitte ich dem erheblich vergrößerten schattigen Garten mit seinem alten Baumbestand zuteil werden zu lassen. Prompteste Bedienung wird zugesichert. Um gütige Unterstützung bittet
Franz Thon.

Briketts
in Fuhren frei Haus
in einzelnen Zentnern ab Lager
liefert prompt
E. Weishahn Neumarkt. Fernr. 486.

Männer-Turnverein
Mittwoch, den 21. April 1920, abds. 8 Uhr im „Bergschlößchen" **Mitglieder-Versammlung.**
Wichtige Tagesordnung.
Alle Mitglieder — auch Turnerinnen — wollen erscheinen.

Zahn-Atelier
Hubert Totzke
Markt Nr. 19
Sprechzeit 8 bis 6 Uhr

Euterpe.
Sonntag, den 18. April:
Tänzchen
in Schkopau (Gasthof „Zum Raben").
Abmarsch 2 Uhr vom Krankenhaus.
Gäste herzl. willkommen.
Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr.

Montag, 19. April 1920, abends 8 Uhr, im „Tivoli"
Haupt-Versammlung.
Die aktiven und passiven Mitglieder werden hiermit um zahlreiche Teilnahme ersucht.
Das Kommando.

Blößen.
Sonntag, den 18. April, von nachmittags 3 Uhr an
Ballmusik.
Es ladet ergebenst ein
H. Bauer.

Panorama
im Herzog Christian.
Diese Woche:
Finnland!!

Tanz-Unterricht!
Meine
Frühjahrs-Zirkel
beginnen
in Spergau Donnerstag, den 22. April, abds. 7½ Uhr, im Gasthaus des Herrn Sieler,
in Frankleben Freitag, den 23. April, abds. 7½ Uhr, im Gasthaus d. Herrn Siebeck.
Anmeldungen erbitte in genannten Lokalen zu bewirken. Einzelunterricht jederzeit.
C. Ebeling, Tanzlehrer, Merseb., Schmale Str. 19

Tanzstunde.
Kaufmännischer Zirkel
Wegen Saalbesetzung im Strandschlößchen findet der Unterricht Mittwoch, d. 21., im „Casino" statt.
C. Ebeling.

Dürrenberg
Konditorei Café Oriel
Jed. Sonnabend 8—11 Uhr
Sonntag 4—7 Uhr
Künstler-Musik.

Ratskeller-Restaurant
Jeden Sonntag von 4 Uhr bis 11 Uhr:
Künstler-Unterhaltungsmusik
Otto Kießler.

Achtung! Achtung!
Biertunnel Ratskeller
Eingang Delgrube.

Sonntag, den 18. April, von vormittags ½11 Uhr an
Großes
Geld-Preis-Kegeln.
1. Preis 100 Mk. und
— 8 weitere Preise. —
Bestgepflegte Biere.
Es ladet ergebenst ein
Carl Oehmichen,
genannt der schöne Carl.

Fankenburg
Sonntag
den 18. April, ab 3 Uhr,
grosser - Ball. -

Runstedt.
Sonntag, den 18. April, von nachmittags 3 Uhr ab
Tanzmusik.
Es ladet freundlichst ein
Die Wirtin.

Wallendorf.
Sonntag, den 18. April, von 6 Uhr an
Tänzchen.
Dazu laden freundlichst ein
Der Wirt.
F.-Cl. Jöschen 1912.

Neues Schützenhaus.
Sonntag, den 18. April, von nachm. 3 Uhr an,
großer Ball.
Volles Görlach-Orchester.
Es ladet ein Hermann Eilenberger.

Restauration und Café zum Park-Bad
Leunaer Straße 8. — Heuschkels Badeanstalt.
Sonnabend, den 17., abends 7 Uhr,
musikalische Unterhaltung mit großem Speckkuchen-Essen.
Sonntag früh
Frühschoppen-Konzert verbunden mit Speckkuchen-Essen.
Für Küche und Keller ist bestens gesorgt. Um gütigen Zuspruch bittet
Richard Richter,
Schankwirt zum Park-Bad.

Thüringer Hof. Sonntag nachmittag von 3 Uhr ab
Grosser BALL.
Flotte Musik. Neueste Tänze.
Um gütigen Zuspruch bittet Bruno Knoche.

Gasthof zum Bahnhof Frankleben.
Am Sonntag, den 18. d. M., von nachmittags 3 Uhr an
TANZ.
Von abends 6½ Uhr an:
Grosser Familienball.
Vollbesetztes Orchester.
Es ladet freundl. ein Franz Siebeck.

Strandschlößchen.
Sonntag, den 18. April, von nachmittags 3 Uhr an
Ballmusik. (Görlach-Orchester.)
Es ladet freundl. ein H. Wilfroth.

Oberbeuna.
Sonntag, den 18. d. M., von nachmittags 3 Uhr an
Ballmusik
wozu ergebenst einladet Herm. Wünsche.

Leuna. Gasthaus zum heiteren Blick.
Sonntag, den 18. April, von nachmittags 3 Uhr an
Ballmusik
wozu ergebenst einladet Ernst Eißner.

Kurhaus Bad Dürrenberg
Jeden Sonntag
Tanz-Kränzchen
von nachmittags 3 Uhr an.

Turnverein „Rothstein"
Sonntag, den 18. April, von nachmittags 3 Uhr an,
Tänzchen
in Hauptmanns Kaffeehaus zu Meuschau. Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.
Sonnabend, den 17. April, Vereinsabend bei Turnbruder Eißner in Leuna. Treffpunkt 7,30 am Turnplatz.

Sonntag, den 18. April 1920,
von nachmittags 4 Uhr an,
Tänzchen
im Vereinshaus.

Rauch-Club Brasil
Sonntag, den 18. April, von nachmittag 3 Uhr an,
Ball
in Meuschau, Gasthaus Lippert. Der Vorstand.

Lernt stenographieren!
Am Mittwoch, den 21. April, abends 7 Uhr beginnt in der Altenburger Schule, Wilhelmstraße, 2 Tr., ein
Anfängerkursus
in der Gabelsbergerschen Stenographie für Damen und Herren. — Anmeldungen dazu werden im Vereinslokal „Reichskanzler", Hälterstraße, und bei Beginn des Unterrichts in der Schule entgegengenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 80. Sonntag den 18. April 1920 46. Jahrg.

Die Heimstättenforderungen der Gewerkschaften.

Der Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt — er ist die Vertretung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften mit über 15 Millionen Mitgliedern, und zwar: Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften), Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund — erhebt in mehreren Aufrufen die dringenden Forderungen nach der umgehenden Schaffung eines Heimstättenamtes und eines Heimstättengesetzes durch das Reich. Hierzu sagt er:

Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerläßliche Voraussetzung dazu ist die Befreiung des Bodens von einem falschen Rechte, das ihn, die Quelle alles Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten! Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienstbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Netz von Gärten umgeben sein! Kann zurzeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug oder sogar als Spekulationsland brach liegen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtstündigen Berufsarbeitszeit feierten.

Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträgnisse ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dulden wir aber keine Spekulation mit unserem heimatlichen Boden, auf dem nach diesem furchtbaren Kriege die Bluthypothek der besten Söhne unseres Volkes lastet. Dulden wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken! Dulden wir keine planlose Vergeudung, keinen Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen. Die Bodenspekulation hat unser Volk zermürbt! Teurer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in übervölkerten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigem, vor Wucherhänden geschützten Boden können Heimstätten errichtet werden. Nur solche Volksregierung hat Aussicht, bestehen zu bleiben, die jetzt sofort zur rettenden Tat schreitet!

Als erste soziale Tat fordern wir: Befreiung des Bodens von jeder Spekulation.

Die Gewerkschaften fordern die sofortige Verabschiedung eines Reichsheimstättengesetzes, das unter allen Umständen enthalten muß:

1. Den Anspruch auf Heimstätten-Land.
2. Ein Enteignungsrecht, das in schnellem, endgültigem Verfahren den Enteignungspreis nach den wirtschaftlichen Erfordernissen der Heimstätter festsetzt (Ertragswert, steuerliche Selbsteinschätzung).
3. Dauernde Sicherung des deutschen Bodens vor jedem Mißbrauch.
4. Befreiung der Heimstätter von allen Lasten, die über die Kosten für einfachste Wohnstraßen hinausgehen.
5. Die Sicherung einer ausreichenden Fläche für Kleingärten für die landlosen Wohnungen unter Bevorzugung der bestehenden Laubenkolonien bei entsprechender Anwendung der für die Heimstätte gegebenen Sicherungen.

Kein Heimstättengesetz aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln Recht und Pflicht hat, eine Stelle, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine ehrliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben.

Zur Erreichung des Heimstättenzieles ist unerläßlich die Durchführung einer Verkehrspolitik, die dem Heimstätter eine schnelle und billige Verbindung mit dem Heimstätten-Land sichert, eine einheitliche gemeinwirtschaftliche Verwaltung aller Baustoffe im Dienste der Heimstättensache, insbesondere auch die Sicherung von Holz zum Selbstkostenpreis.

Die Durchführung einer ehrlichen, entschlossenen und damit wirksamen Heimstättenpolitik erfordert als erste Voraussetzung die Einrichtung eines Reichsheimstättenamtes, in dem alle Fragen des Bodenrechts einheitlich behandelt werden. Es wird damit zugleich eine Stelle geschaffen, die dem deutschen Volke und der deutschen Volksvertretung gegenüber die Verantwortung für diese seine Lebensfrage zu tragen hat. Auf die gesicherte Mitwirkung der Gewerkschaften mit diesem Heimstättenamt ist besonderes Gewicht zu legen.

Der Boden darf nur noch eine Stätte der Arbeit und niemals mehr eine Quelle arbeitsloser Gewinne sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht derjenigen übergehen, die ihn als Heimstätten-Land benützen wollen. Wer bereits Laubenland als Pachtland hat, der soll ein Vorrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben. Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Vollswohl über Spekulantenwohl! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

Die Reklamierten.

General von . . ., dessen Aufsätze über die alte Armee in der „Weltbühne" soviel Interesse erweckt haben, beschäftigt sich in der nächsten Nummer dieses Blattes mit der Frage der Reklamierten. Aus seinen bemerkenswerten Darlegungen drucken wir heute schon das folgende Bruchstück:

Das mit jedem Kriegsjahr schlimmer werdende Reklamationswesen war eine einzige große Schweinerei. Bestechungen in jeder Form waren an der Tagesordnung. Es fing damit an, daß einfach Geld in die Hand gedrückt wurde, und stieg auf bis zu den feinern und feinsten Methoden. Der kaufmännische Geist siegte auf der ganzen Linie. Höhere Offiziere in einflußreichen Stellungen der Heimarmee, zum Beispiel Chefs der stellvertretenden Generalkommandos, gelangten in Aufsichtsräte, natürlich nur ihrer schönen Augen wegen, beileibe nicht, um bei den Reklamationen der Firma etwas nachzuhelfen. Mancher gerissene Schieber in Offiziersuniform fand den Übergang in die Industrie und nennt sich jetzt Direktor, während seine Altersgenossen, die dumm genug waren, den eigenwilligen Kopf dahin zu halten, wo die Kugeln flogen, hungernd und stellungslos von Büro zu Büro laufen. Das ist ja die große Wut der anständigen Offiziere, die immer in der Front waren, daß sie zu Hause angespuckt wurden für die Gemeinheiten entarteter Standesgenossen. Davon hatte man in der Front zwar gewußt; aber den ganzen Umfang der Korruption hatte man niemals geahnt.

Wie kam so eine Reklamation zustande? Ich will nur einen Fall erzählen, der typisch ist für unzählige andere. Der Inhaber eines vornehmen Weinrestaurants wird durch die Vermittlung eines Fabrikanten von dessen Fabrik angefordert als „Arbeiter in einem Kriegsbetrieb". Die maßgebenden Leute wissen Bescheid, denn sie essen sehr oft in der Kneipe. Nach einiger Zeit bringen die Arbeiter zur Sprache, daß in der Lohnliste ein Mann figuriere, den sie noch nie gesehen hätten. Daraufhin verzichtet der vermeintliche Arbeiter auf seinen Lohn, stiftet den doppelten Betrag ständig der Arbeiterkasse, und die Einwände der Arbeiter verstummen begreiflicherweise. Die übrigen Gegenleistungen des Restaurateurs bestehen in Lieferungen von Nahrungsmitteln (ohne Marken) und Wein an seine verschiedenen Gönner. Allen Teilen ist geholfen, und die Front hat einen Soldaten weniger.

Die heimischen Behörden vergrößerten sich ständig. Es wimmelte überall von Offizieren, die oft einen verflucht rüstigen, martialischen Eindruck machten, und die auch alle das Eiserne Kreuz hatten. (Die es noch nicht haben, bekommen es heute, wie man täglich aus den Notizen der Zeitungen über Ordensverleihungen ersieht.) Die höheren Offiziere gingen manchmal sogar wirklich an die Front und aßen dort in den Stabsquartieren beinahe ebensogut wie zu Hause. Manche drangen an den ruhigen Fronten, wenn sie Glück hatten, bis in den Graben vor. Man nannte sie die Kreuzfahrer, denn nach solcher Heldenfahrt bekamen sie unrettbar das Eiserne Kreuz. Das Drückebergertum war allmählich eine Wissenschaft geworden. Der bessere Literat, Rechtsanwalt, Kaufmann und Ingenieur bevölkerte die zahllosen Kriegsämter, und die Offiziere waren entzückt, was das alles für nette, umgängliche Leute waren. Eine Hand wusch die andere, und es herrschte eine allgemeine Gesinnungslosigkeit, eine unbedenkliche Lumperei, da im Hintergrund immer das Gespenst des Schützengrabens stand.

In den Ersatztruppenteilen versteckte die Korruption sich je länger, je weniger. Wer das Geld in die richtigen Hände zu leiten wußte, blieb daheim, während kaum genesene Verwundete sofort wieder hinausgeschickt wurden. Die Führer der Ersatztruppenteile waren oft alte, ahnungslose inaktive Offiziere, die ganz in den Händen ihrer Schreiber waren. Die Leutnants bevölkerten die Badeorte, und die Ausbildung wurde von Jahr zu Jahr schlechter. Die Offiziere und ganz besonders die Unteroffiziere der Heimarmee haben, ungehemmt durch energische Vorgesetzte, großen Schaden angerichtet. Der Mangel an intelligenten Führern hatte das denkbar ödeste, den Geist tötende Drillsystem zur Folge. Dazu kam noch jene Brutalität, jene Rohheit des Tones, wie man sie leider nur allzu oft bei unfähigen Vorgesetzten findet. Das alles wurde Leuten zum Teil von vorgerücktem Alter geboten, die nie gedient hatten.

In der Heimarmee wurde nichts verbessert oder abgeändert. Man ließ die Sache auch dann noch laufen, als die ersten Sturmzeichen der Revolution sich zeigten. Ganze Transporte weigerten sich, von Osten nach Westen zu gehen, und meuterten. Auf einem Bahnhofe wurde geschossen, und es stellte sich heraus, daß die Offiziere dieses bestimmten Truppentransportes bis auf einen alle beurlaubt waren. Ein alter Ersatz-Major eilte herbei, geriet, ganz gegen seine Absicht, ins Feuer der Meuterer und entfloh mit den Worten: das sei der schwerste Tag seines Lebens gewesen. Schließlich parlamentierte man mit den Leuten herum, die einen Soldatenrat nach russischem Muster ernannt hatten, und es gelang, sie zur Weiterfahrt dadurch zu bewegen, daß man auf ihre Bedingungen einging. Das war im Frühjahr 1918. Seitdem wußten Einsichtige, daß die Heimarmee unzuverlässig und unruhig war.

Die militärischen Machthaber in der Heimat jedoch fühlten sich ihrer Sache immer noch sicher und glaubten eine Armee zu kommandieren, während sie nur über ein buntes Gemisch von alten, stumpfen, unterernährten Landsturmleuten, von Drückebergern, unsicheren Kantonisten und achtzehnjährigen Rekruten verfügten. So gut wie die Achtzehnjährigen im Felde waren — keiner greift todesmutiger an als der ganz junge unerfahrene Soldat —, so verhängnisvoll wurden sie in dem korrupten Milieu der Ersatztruppenteile. Als dann schließlich bei der Marine die Sache losging, fiel die ganze Herrlichkeit der Heimarmee in Trümmer. Dabei zeigte sich die innere Fäulnis in widerlichster Form. Die Führer, die stolzen, allmächtigen Herrscher, flohen entsetzt. In einer kleinen Stadt stiegen zwei Matrosen aus dem Zuge, gingen zur Kaserne, alarmierten das Landsturm-Bataillon, setzten dessen Offiziere vor versammeltem Kriegsvolk ab — der Kommandeur floh in Zivil mit einem Handköfferchen — und ernannten einen Soldatenrat.

Gott sei Dank schafften die Soldatenräte an den meisten Stellen zunächst wenigstens notdürftig Ordnung, bis ganz allmählich die alten Machthaber hervorgekrochen kamen, zuerst in Zivil, dann auch wieder in Uniform.

Die Revolution war die Offensive des entkräfteten und zur Verzweiflung gebrachten Volkes gegen das unheilvolle persönliche Regiment Wilhelms II. und gegen die damit verbundene Korruption, die in der Heimarmee am sichtbarsten, in der Feldarmee am wenigsten sichtbar auftrat.

Wenn daher der Frontsoldat vom Dolchstoß der Heimat in den Rücken der Armee spricht, so tut er das in gutem Glauben: er weiß nicht, daß die Heimarmee und die Heimat überhaupt durch Schwäche, Eigennutz und Unfähigkeit der leitenden Stellen längst hinterrücks erdolcht worden waren.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 16. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min und teilt mit: Ein Antrag wegen Strafverfolgung des Abgeordneten Braß wegen Landesverrats usw. ist eingegangen. Er wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Der Abg. Knollmann (Dn.) ist gestorben. (Die Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben.)

Eine Reihe von Anfragen erledigt sich, weil die anfragenden Abgeordneten zur Verlesung nicht erschienen sind.

Auf Anfrage Jungnickel (Soz.) wegen Unterstützung notleidender Gemeinden im sächsischen Erzgebirge mit Bekleidungsgegenständen wird regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung sich mit dem sächsischen Wirtschaftsministerium ins Benehmen gesetzt habe. Dieses werde im Verein mit den Ortsbehörden eventuell eine besondere Hilfsaktion einleiten.

Auf Anfrage Dr. Kontzsch (Dn.) wegen Verweisung des Religionsunterrichts aus der sächsischen Volksschule wird regierungsseitig geantwortet, daß auf Einspruch des Reichsministers des Innern die sächsische Regierung eine Verordnung erlassen habe, die die weitere Erteilung des Religionsunterrichts ermögliche.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das Enteignungsrecht von Gemeinden bei Aufhebung von Rayonbeschränkungen.

Der Gesetzentwurf wird nach den Anträgen des Ausschusses mit geringen Änderungen ohne Erörterung angenommen. Ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen.

Abg. Mumm (Dn.) beantragt, von einer Beratung und Beschlußfassung abzusehen, um den Beratungen der großen Reichsschulkonferenz nicht vorzugreifen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Hellmann (Soz.): Das Gesetz bietet uns das allerbescheidenste Minimum von dem, was wir fordern müssen. Wir hoffen, daß die Regierung uns bald eine sechsjährige Grundschule vorlegen wird, ebenso eine Vorlage betreffend die Lehrerbildungsfrage.

Abg. Rheinländer (Ztr.): Die politische Demokratie muß auch eine Kulturdemokratie zur Folge haben. An geistiger Freude muß das Volk seine Erholung suchen. Das vorliegende Gesetz schafft Klarheit über den Begriff der Grundschule. Diese ist nicht Simultanschule, sonst müßten wir sie ablehnen. Der Mechanismus des bisherigen Schulwesens muß zum Organismus werden. Auch die verschiedenen Lehrerkategorien werden sich jetzt näher treten.

Abg. Kilz (Dem.) begrüßt das Gesetz als einen wesentlichen Fortschritt. Die vierklassige Grundschule ist die richtige Grundlage.

Abg. Dr. Runkel (D. Vpt.): Nicht die Grundschule als solche bekämpfen wir, aber wie kann man einen Grundstein legen, ohne über den weiteren Bau sich klar zu sein? Die Bestimmungen des Gesetzes dürfen keine Anwendung auf Hilfsschulen für Schwachsinnige finden.

Abg. Kunert (U. S.) befürwortet Anträge seiner Partei, die unter anderm die Grundschule auf acht Jahrgänge ausdehnen wollten. Meine Fraktion wird wahrscheinlich dem Gesetz im ganzen zustimmen wegen seines wichtigen Grundgedankens, trotzdem es uns die Fassung der einzelnen Paragraphen sehr schwer macht.

Unterstaatssekretär Schulz stellt fest, daß eine weitgehende Übereinstimmung in allen Parteien über den Gedanken der Einheitsschule sich herausgestellt hat. Die Frage der Konfessionsschule hat mit dem vorliegenden Gesetz nichts zu tun. Ich persönlich bin der Meinung, daß eine längere Dauer der Grundschule wünschenswert wäre. Aber man muß zunächst das Mögliche erreichen. Das Lehrerbildungsgesetz liegt vor.

Der Kapp-Putsch hat die Beratungen zur Reichsschulkonferenz gestört. Sie soll nunmehr stattfinden unmittelbar nach den Wahlen. Ihre Ergebnisse werden die neue Reichsschulgesetzgebung ermöglichen.

Paragraph 1 wird mit Abänderungsanträgen der Mehrheitsparteien angenommen.

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

39. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ist nicht nötig, Vetter. Ich ändere meine Ansicht in dieser Frage nicht. Du kannst ruhig zugeben, daß wir gar nicht zueinander passen und nur sehr unglücklich miteinander geworden wären."

Er sah sie wie hilflos an.

„Aber, erlaube mal — wie soll da nun die Erbschaftsfrage geregelt werden?" fragte er naiv erstaunt.

Sie mußte wider Willen lachen.

„Die ist doch längst geregelt. Onkel Heriberts Testament ist ganz klar und verständlich abgefaßt. Mein Vater ist mit allen Rechten als Besitzer von Lemkow eingesetzt worden."

„Oho, da wird mein Vater wohl einen Prozeß anstrengen. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß ihr Onkel Heribert beeinflußt habt."

Ellinor trat dicht vor ihn hin und sah ihn groß an.

„Man schließt immer von sich selbst auf andere, Vetter. Ich verschmähe es, auch nur ein Wort zu unserer Verteidigung zu sagen. Im übrigen bleibt es deinem Vater unbenommen, zu tun, was er für gut hält."

Botho nagte an seinem Bärtchen. Dann sagte er einlenkend:

„Ich nehme dein „Nein" noch nicht als unabänderliche Tatsache hin. Wenn dein Vater erst hier ist, wird ihn der meine schon überzeugen, daß es besser ist, wir einigen uns im guten."

„Das werde ich meinem Vater überlassen", antwortete sie kalt.

„Laß mich nicht ohne jede Hoffnung ziehen, Ellinor", bat er fast kläglich, denn er dachte daran, was ihn zu Hause erwartete. Man würde ihn mit Spott und Vorwürfen überhäufen, nachdem er so siegessicher gewesen war.

Ellinor zuckte die Achseln. Er tat ihr fast leid in seiner Kläglichkeit.

„Lieber Vetter, sei vernünftig. Laß uns in Frieden scheiden. Vergessen wir, daß du soeben eine große Torheit begehen wolltest."

„Eine Torheit? Ist es eine Torheit, dich zur Frau zu begehren?"

„Wenn man Botho Lossow heißt und ein so schneidiger Leutnant ist — ja. Aber nun Schluß. Jetzt will ich Gitta holen, um zu sehen, ob sie die wichtigen Rezepte von Mamsell erhalten hat."

Sie ging schnell hinaus.

Botho klappte haltlos in seinem Sessel zusammen und starrte ihr kläglich nach.

„Ob das nun wirklich ein hoffnungsloser Korb ist? Oder ob man einen geeigneteren Zeitpunkt hätte abwarten sollen? Aber die alten Herrschaften und Gitta haben mich so elend gedrängt — mein Antrag kam wohl etwas verfrüht."

So dachte er.

Gleich darauf trat Ellinor mit Gitta ein.

Botho erhob sich.

„Wir wollen heimkehren, Gitta."

Diese sah den Bruder forschend an.

Er sah nicht gerade aus, als habe er Erfolg gehabt.

Die Geschwister verabschiedeten sich hastig und ritten davon.

Als sie außer Hörweite waren, fragte Gitta unruhig: „Nun, Botho, wie war es?"

„Nichts — sie will nicht. Laß mich jetzt zufrieden. Wirst ja zu Hause hören. Zweimal erzähle ich nicht", erwiderte er verdrießlich.

*

Botho von Lossow war abgereist mit dem schrecklichen Gefühl, daß auch ein schneidiger Leutnant einen regelrechten Korb erhalten kann.

Zu Hause hatte es noch eine sehr erregte Szene gegeben. Botho mußte für seine Selbstüberhebung und Siegessicherheit bitter büßen. Vater und Mutter ließen es nicht fehlen an Vorwürfen, die er im Grunde gar nicht verdiente. Natürlich grollten sie Ellinor am meisten.

Noch heftiger war der Groll Gittas gegen Ellinor. Sie war wütend, daß Botho abgefallen war, denn sie wünschte dringend, daß Ellinor für Baron Lindeck unerreichbar sei. Mußte sie doch sehen, daß dieser sich jetzt sehr viel mit Ellinor beschäftigte.

Nun Botho mit einem Korbe abreiste, hatte der Baron freies Feld bei Ellinor.

Gitta redete sich jetzt allen Ernstes ein, Heinz Lindeck habe früher ernste Absichten auf sie gehabt. Sie glaubte, daß Ellinor ihm nur erstrebenswerter schiene, weil Lemkow nicht an ihre Eltern, sondern an Ellinors Vater gefallen war. Gitta war jedenfalls fest überzeugt, daß der Baron sich um Ellinor bemühte, weil diese reicher war als sie, und daß er unbedingt Gitta gewählt haben würde, wenn sie die reiche Erbin geworden wäre.

So herrschte in Lossow eine erbitterte Stimmung gegen Ellinor. Es fielen häßliche und schlimme Worte über die junge Amerikanerin. Diese ließ sich vorläufig klugerweise in Lossow gar nicht sehen.

Baron Linden kam einige Male in der Hoffnung, Ellinor zu sehen, nach Lossow. Gitta kam ihm stets außerordentlich liebenswürdig entgegen, aber Ellinor erwähnte sie gar nicht. Dann fragte er eines Tages direkt, ob die junge Dame krank sei, da man sie gar nicht mehr sähe. Da antwortete Gitta mit gehässigem Ausdruck, Ellinor habe den Eltern Veranlassung gegeben, ihr zu zürnen, man sei ihr sehr böse und wolle sie gar nicht in Lossow sehen.

Heinz Lindeck wollte nicht neugierig sein, er forschte nicht weiter nach. Aber da er sehr scharfsinnig war, kombinierte er ganz richtig, Botho sei jedenfalls mit einem Korbe abgezogen und Ellinor deshalb in Ungnade gefallen.

So sehr ihn das freute, so betrübt war er, Ellinor nun nichtmehr in Lossow sehen zu können. Wenn ihn der Zufall jetzt nicht einmal in ihren Weg führte, war es möglich, daß er sie nicht eher sah, als bis ihr Bruder und die Hausdame nach Lemkow kämen. Und doch wurde ihm jeder Tag zur Ewigkeit, an dem er sie nicht sah.

Auch Ellinor dachte mehr, als für sie gut war, an Heinz Lindeck. Jetzt, da sie nicht nach Lossow kam und auch Gitta nicht sah, glaubte sie, jeder Tag müsse die Entscheidung bringen. Tagtäglich fragte sie sich, ob der Baron nun wohl seine Werbung bei Gittas Eltern vorgebracht habe. Sie zürnte sich selbst, daß sie immer daran denken mußte; sie sagte sich, der Baron müsse ihr völlig gleichgültig sein — aber das Herz ist eben ein eigenwilliges Ding, das sich nicht regieren läßt.

Oft war Ellinor drauf und dran, nach Lossow hinüber zu reiten — ein Vorsatz, den ihr Trotz und weiblicher Stolz immer wieder scheitern ließen.

Eines Tages ritt Ellinor mit dem Verwalter über die Felder, als ihnen der Baron begegnete.

Lächelnd reichte der Baron dem sichtlich erfreuten Verwalter die Hand, Ellinor dabei mit einem glückselig aufleuchtenden Blick ansehend.

„Wie geht es Ihnen, Herr Verwalter?" klang es freundlich. „Wir haben uns lange nicht gesehen."

„Es geht mir sehr gut, Herr Baron. Leider sieht man Sie jetzt gar nicht mehr in Lemkow. Zu Lebzeiten unseres seligen gnädigen Herrn kamen Sie täglich. Wenn Sie einmal ausblieben, hat dem gnädigen Herrn stets etwas gefehlt."

Der Baron hatte Ellinor nicht aus den Augen gelassen. Sein Herz klopfte stürmisch, als er unter seinen Blicken in ihrem Antlitz die Farbe kommen und gehen sah.

„Solange das gnädige Fräulein allein in Lemkow residiert, geht das nicht an. Wenn Herr von Lossow, der Vater des gnädigen Fräuleins, erst in Lemkow ist, hoffe ich, zuweilen kommen zu dürfen. Ich darf doch, mein gnädiges Fräulein?"

Ellinor wich seinem Blicke aus.

„Ich habe Sie nicht von Lemkow vertrieben, Herr Baron", sagte sie hastig.

Der Baron sprach nun noch über allerlei Landwirtschaftliches mit dem Verwalter und Ellinor wagte es, ihn wieder anzusehen. Aber da traf sie abermals ein so heißer, zwingender Blick aus seinen Augen, der für sie eine köstliche Gewißheit barg, wenn er frei gewesen wäre, sie aber so an seiner Ritterlichkeit irre werden ließ.

Einige Feldarbeiter kamen vorüber. Der Verwalter sprach mit ihnen. Ellinor war einige Minuten mit dem Baron allein.

„Waren Sie viel in Lossow in letzter Zeit?" fragte sie hastig.

„Nein, mein gnädiges Fräulein. Nach der Abreise Botho von Lossows war ich noch dreimal dort, leider ohne das Vergnügen zu haben, Sie zu treffen. Bei meinem letzten Besuch sagte mir Ihr Fräulein Kusine, daß Sie wohl nicht so bald wieder nach Lossow kommen würden. Seitdem war ich nicht mehr in Lossow."

Ellinors Herz klopfte unruhig.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0005
DFG

Zu Paragraph 2 bemerkt Abg. Dr. Rumm (Dn.), daß den Privatschulen durch die Wegnahme der Vorschulen die Existenzmöglichkeit genommen wird.

Abg. Frau Schmidt (Ztr.): Die Reichsregierung muß bei den einzelnen Ländern darauf dringen, daß beim Abbau der Privatschulen Lehrkräfte und Schulleiter entsprechend entschädigt werden.

Paragraph 2 wird nach der Fassung des Ausschusses angenommen.

Paragraph 3 sieht vor, daß beim Abbau der Vorschulklassen entbehrlich werdende Lehrpersonen auch gegen ihren Willen an öffentliche Volksschulen oder andere Lehranstalten versetzt werden können.

Paragraph 3 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Paragraph 4 will nur in besonderen Fällen Privatunterricht zulassen.

Anträge auf Streichung des Paragraphen 4, gestellt von den Deutschnationalen und den Unabhängigen, werden abgelehnt. Paragraph 4 bleibt nach der Fassung des Ausschusses unverändert, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes auf Aufhebung der Gebührenfreiheit im Post- und Telegraphenwesen. Das Gesetz wird ohne Aussprache in erster Lesung erledigt und an den Hauptausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Interpellationen betr. Eupen und Melmedy und betr. polnische Verkehrssperre, außerdem Wochenhilfe und Bericht der Ausschüsse.

Schluß ½8 Uhr.

Provinz und Umgegend.

† **Mansfeld**, 16. April. Von Interesse ist die Mitteilung, daß auch bei der Stadt Mansfeld als Gemeinschuldner einige Millionen Mark Schadenersatz dafür angemeldet sind, daß auch Mansfelder sich bei den Unruhen in Halle und Umgegend beteiligt haben.

† **Buttstädt**, 16. April. Zum Ostermarkt waren zahlreiche Roßhändler mit Pferden aller Rassen gekommen, so daß schon vor dem eigentlichen Markttage alle Wohngelegenheiten und Ställe besetzt waren. Jedoch der Absatz stockte, da große Aufkäufer aus dem Rheingebiet, besonders aus Frankfurt, fehlten. Dieser Umstand brachte einen Sturz in die Handelspreise. Für vollwertige Tiere wurden jedoch hohe Preise gezahlt. Über 500 Stück Pferde und Fohlen waren angetrieben. Das Rindvieh fehlte vollständig. Auf dem Schweinemarkt wurden fabelhafte Preise gefordert: 320—450 ℳ für das Paar Saugschweine und 600—800 ℳ für ein Läuferschwein.

† **Dermbach**, 16. April. In Kaltenwestheim wurde der von der sozialdemokratischen Ortsgruppe vorgeschlagene Kandidat, der bisherige Gemeindediener, mit 169 gegen 108 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. 133 Bürger gaben ihre Stimme nicht ab.

† **Zella-Mehlis**, 16. April. Die Vertreter der demokratischen Partei im Stadtverordnetenkollegium haben ihre Mandate gemeinsam niedergelegt unter Hinweis auf die letzten Unruhen, zudem habe in der letzten Stadtverordnetensitzung der Stadtverordnete Kreuzau (U. S. P.) eine gegen die bürgerlichen Parteien gerichtete scharfe Drohrede gehalten, die weder von dem Vorsteher noch von den Genossen irgendwie zurückgewiesen worden sei. Die Listennachfolger beider demokratischer Listen haben gleichfalls auf ihre Mandate verzichtet. Der heute zusammengetretene Wahlausschuß mußte, obgleich das sozialistische Rumpfparlament zur Beschlußfähigkeit noch immer Zweidrittel Mehrheit hat, nach den gesetzlichen Bestimmungen die gesamten Mandate für erloschen erklären und die Neuwahlen anordnen.

† **Weimar**, 17. April. Die Dachfenster vergessen! Die Kleinwohnungsbauten in der Buttelstedter Straße, die durch die Stadt ausgeführt werden, gehen ihrer Vollendung entgegen. Ein kleines Versehen war bei der Ausführung den Baubeflissenen insofern unterlaufen, als man die erforderliche Beleuchtung der Dachgeschosse durch entsprechende Fensteröffnungen vergessen hatte. Jetzt aber hat man das Versäumte nachgeholt.

† **Jena**, 17. April. Anfang April verzeichnete unsere Stadt 1240 wohnungslose Familien. Der Zuwachs an wohnungsuchenden Familien belief sich durchschnittlich auf 200 in einem Monat im letzten Vierteljahr. Bei Jahresbeginn entfielen auf je 1000 Einwohner reichlich 20 wohnungslose Familien. Anfangs Februar hatte sich diese Zahl bereits auf mehr als 23 erhöht, und Anfang April zählen wir in Jena auf je 1000 Köpfe 26,4 wohnungslose Familien.

† **Gera**, 17. April. Der Stadtrat hat beschlossen, im neuen Etat 6000 ℳ einzustellen, um die Möglichkeit zu schaffen, notleidenden Künstlern durch Ankauf von Bildern, Kunstwerken oder Erlaß von Wettbewerben zu behelfen. Diese Maßnahme ist ähnlich gedacht, wie Notstandsarbeiten auf anderem Gebiete, für welche die Stadt ebenfalls erhebliche Beträge ausgeworfen hat.

† **Meiningen**, 17. April. Vor einigen Wochen wurden dem Fabrikbesitzer Neuland zwei wertvolle Schreibmaschinen gestohlen. Kurz darauf wurden in der Eilgutstelle des Bahnhofes die Diebe in den Eisenbahnschlossern Alfred Hofmann von hier und Wilhelm Wolf von Trusen ermittelt. Sie wurden alsbald in Haft genommen, als sie sich anschickten, die Schreibmaschinen nach Weimar zu versenden. Die beiden Täter hatten sich jetzt vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Sie waren beide geständig. Hofmann schilbert die Sache so: Sie hätten durch die Tanzstunde und damit verknüpfte Zechgelage große Ausgaben gehabt, so daß ihr wöchentlicher Verdienst von 100 bezw. 120 ℳ nicht gereicht habe. Infolgedessen seien sie auf den Gedanken gekommen, sich durch zu stehlende Schreibmaschinen weitere Mittel zu verschaffen, um die Kneipereien mit Mädchen fortsetzen zu können. Hofmann wurde zu 1 Jahr 3 Monaten und Wolf zu 1 Jahr 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

† **Altenburg**, 17. April. Das Elektrizitätswerk hat beim Gesamtstadtkreis um die Genehmigung zur Stillegung der Straßenbahn für den 30. April d. J. nachgesucht, nachdem sich erwiesen hat, daß der Betrieb auch durch die erfolgte Erhöhung des Fahrpreises auf 60 ₰ nicht aufrecht zu erhalten ist. Während bei einem Fahrpreise von 10 ₰ in einem bestimmten Zeitraum 72 000 Personen befördert wurden, sind nach der Erhöhung des Fahrpreises auf 60 ₰ in gleichem Zeitraum nur 20 400 Personen befördert worden. Das bedeutet einen außerordentlich hohen Ausfall für das Werk. Da auch nicht zu erwarten ist, daß sich diese Verhältnisse in absehbarer Zeit ändern werden, hat der Stadtrat dem Antrag auf Stillegung unter bestimmten Voraussetzungen stattgegeben.

*

Säuberung des Vogtlandes.

Planen, 16. April. Über die angebliche Ergreifung von Hölz werden fortgesetzt neue Gerüchte verbreitet. Bald soll ihn die tschechische Grenzwache, bald die Reichswehr ergriffen haben. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind alle diese Nachrichten unzutreffend. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, des Flüchtigen habhaft zu werden. Dagegen war es möglich, den Planener Kommunisten Pflug, der zu Hölz' näherer Umgebung gehörte und mit ihm zusammen im Planener Aktionsausschuß war, in die hiesige Gefangenenanstalt einzuliefern. Es wurde bei ihm die Sume von 23 000 ℳ vorgefunden. Pflug ist ein noch junger Mann, der seine politische Anschauung schon wiederholt gewechselt und zuletzt sich als Parteigänger des Hölz betätigt hat.

Falkenstein, 17. April. An der Brandstelle in der Kaiser-Wilhelm-Straße ist Freitag mit den Aufräumungsarbeiten begonnen worden, nachdem die Brandversicherungsinspektion die Brandstätte in Augenschein genommen hatte. Die Umgebung bietet einen traurigen Anblick.

Aufforderung der Staatsanwaltschaft Planen.

Die Staatsanwaltschaft Planen erläßt folgende Aufforderung: Zur wirksamen Verfolgung der von Max Hölz und seinen Anhängern verübten Straftaten ergeht an alle, die über die Persönlichkeit der Teilnehmer an solchen Straftaten, insbesondere über die Namen der Mitglieder der Roten Garde und solcher, die mit Gewehr, Pistole und roter Armbinde aufgetreten sind und die Unternehmungen von Max Hölz und seinen Leuten unterstützt haben, Auskunft zu geben vermögen, die dringende Aufforderung, ihre Wahrnehmungen unverzüglich der Kriminalpolizei zu Planen oder den Polizeiämtern ihres Wohnortes zu melden.

Das Aufräumen in Ölsnitz i. V.

Adorf, 17. April. Oberstleutnant Hauß hat als Militär-Oberbefehlshaber für den Bereich der Stadt und Amtshauptmannschaft Ölsnitz bestimmt, daß alle Aktionsausschüsse und ähnliche Einrichtungen sofort aufzulösen sind, da sie zu den bestehenden Gesetzen in Widerspruch stehen. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die Einwohner-, Bürger-, Sicherheits- und Arbeiterwehren sind sofort aufzulösen; alle Waffen sind an die Polizei abzuliefern.

Die Entwaffnung der Rotgardisten.

Planen, 17. April. Die Abteilung 4 des Reichswehrkommandos von Schönfels hat auf ihren Streifzügen bisher 20 Rotgardisten festgenommen, während die Abteilung Hausel im oberen Vogtland bisher 128 Rotgardisten abfing, die so schnell als möglich der gerichtlichen Bestrafung zugeführt werden. Die Abteilung hat bisher 800 Gewehre und ein Maschinengewehr erbeuten können. Die Entwaffnungen werden fortgesetzt.

Der amtliche Bericht aus dem Vogtland.

Das Wehrkreiskommando 4 gibt über die Lage in Südwestsachsen am 16. April folgenden Bericht aus: Im Vogtlande wurde die nach der Grenze ausweichende Verbrecherbande weiter verfolgt und hierzu fliegende Kolonnen nach Bad Elster, Jägersgrün, Lengenfeldt und Eibenstock entsandt. Die sächsisch-tschechische Grenze selbst ist von tschechischen Truppen scharf abgesperrt. Der am 15. April in Glauchau eingerückten Abteilung gelang es, in Hohenstein-Ernstthal ein Waffenlager der Hölzbande zu beschlagnahmen. Im ganzen Gebiet des Vogtlandes wurden die Truppen von der Bevölkerung freudig begrüßt.

Hölz im böhmischen Kohlenrevier?

Prag, 17. April. „Tribuna" meldet aus Eger, daß der Räuberhauptmann Hölz sich im nordböhmischen Kohlenrevier befinden dürfte. Hölz habe sich in Klingenthal einen auf den Namen Püschner lautenden Paß ausstellen lassen.

Merseburg und Umgegend.

17. April.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Speisung unterernährter Kinder und Frauen.** Die Quäker, eine religiöse Gesellschaft der Freunde von Amerika, hat aus rein pazifistischen Gründen eine Kinderhilfsmission ins Leben gerufen. Das Unternehmen ist mit rund 3 Millionen Dollar in der Hauptsache von Deutsch-Amerikanern finanziert. Diese Kinderhilfsmission beabsichtigt eine bessere Ernährung unterernährter Kinder bis zum 14. Jahre, sowie werdender und stillender Mütter und übersendet zu diesem Zwecke seinen in Deutschland wirkenden Komiteen vollwertige Lebensmittel (zurzeit Milch, Reis, Mehl, Fett, Zucker, Kakao und Bohnen) unentgeltlich. Diese Lebensmittel sollen von deutschen Ortsausschüssen in den einzelnen Städten übernommen und in verkochtem Zustande in den einzelnen Speiseanstalten zur sofortigen Einnahme abgegeben werden.

** **Schützt die Anlagen!** Die Wärme und der milde Regen der letzten Zeit haben die Vegetation mächtig entwickelt. So früh wie seit langen Jahren nicht steht alles in schönster Blütenpracht. Der Flieder hat an manchen Stellen schon seine Dolden geöffnet, und auch die Kastanien tragen schon ihre Frühlingskerzen. Kaum prangen aber die Anlagen in ihrer vollen Pracht, so sind auch schon unverständige Leute, Erwachsene und Kinder, am Werke, die Anlagen zu beschädigen. Ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit, die doch ein Recht hat, sich über die Blütenpracht zu freuen, werden ganze Zweige mit Blüten abgerissen und später achtlos fortgeworfen, selbst vor den Obstbäumen wird nicht Halt gemacht. So etwas sollte unterbleiben. Das Publikum kann selbst sehr viel dazu beitragen, solche Ausschreitungen zu verhindern, wenn es etwas mehr Obacht gibt und die Täter in ruhiger, aber energischer Weise auf das Unziemliche ihres Treibens hinweist. Namentlich an die Eltern ergeht die Bitte, ihre Kinder ernstlich zu ermahnen, unsere Anlagen, die der Stolz der Merseburger sind, nicht durch Leichtsinn oder Übermut in ihrer Schönheit zu beeinträchtigen.

** **Die Wiedereröffnung der früheren Kadettenanstalten als moderne** staatliche Bildungsanstalten in der Form eines Realgymnasiums mit großem Alumnat findet erst zum 1. Mai d. J. statt. In unserer Provinz betrifft das die Anstalt in Naumburg a. S. Aufnahme finden neben früheren Zöglingen des Kadettenkorps vorzugsweise die Söhne der gefallenen oder schwerbeschädigten Kriegsteilnehmern, Auslandsdeutsche, Ostdeutsche gegen Zahlung von Pflegegeldsätzen, die auf 1500, 1200, 900 und 750 ℳ abgestuft sind. Daneben gibt es eine größere Anzahl von Freistellen. Anmeldungen werden noch entgegengenommen von dem geschäftsführenden Ausschuß der Oberleitung der staatlichen Bildungsanstalten in Berlin, Hallesches Ufer 24.

** **Achtung, Bisamratte!** Nach Meldungen besteht der Verdacht, daß die Bisamratten bei dem letzten Hochwasser durch die Elbe nach Deutschland eingedrungen sind. Einwanderungen können auch durch die Saale, Elster und Mulde erfolgt sein. Die Bisamratte wurde im Jahre 1905 aus Nordamerika in Böhmen eingeführt und hat sich dort ungeheuer vermehrt. Sie vertilgt Fische, Wasservögel und Feldgewächse aller Art und richtet durch ihre Wühlarbeit großen Schaden an Flußufern, Teich- und Kanaldämmen, auch an Landstraßen und Eisenbahndämmen an. Es muß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, eine Ausbreitung des sehr schädlichen Tieres in Deutschland zu verhüten. Ihr Fell steht sehr hoch im Preise. Merkmale: Die Bisamratte hat ohne Schwanz eine Länge von 35—40 Zentimeter, Körper plump, Kopf nicht abgesetzt, Ohren nicht sichtbar, Augen tiefliegend, Behaarung graubraun, Hinterfüße mit Schwimmhaut, Schwanz unbehaart, aalförmig, breitgedrückt. Beobachtungen, die auf das Auftreten des Schädlings schließen lassen, sind der Versuchsstation für Pflanzenschutz bei der Landwirtschaftskammer zu Halle zu übermitteln.

*

Die Verwirklichung von „Eigentum ist Diebstahl"

nimmt von Tag zu Tag zu. Niemals vorher und auch im Kriege nicht, wurde soviel gestohlen wie jetzt und ein wahres Diebstahlsfieber scheint weite Schichten unseres Volkes, und was das bedauerlichste ist, unsere Jugend ergriffen zu haben. Eine gewisse Lockerung der Moralbegriffe war ja nach einem fünfjährigen Kriege mit namenlosen Lasten und Entbehrungen zu erwarten. Für das ungeheure Maß der Kriminalität gegen das Eigentum, wie es augenblicklich vorherrscht, fehlt jedoch jede Erklärung. Es steht jetzt so, daß jeder Bestohlene, wie bei einem Naturereignis, mit einem unwiderbringlichen Verlust rechnen muß, daß die Schutzmacht des Staates in ihren zur Bekämpfung des Verbrechens bestellten Organen fast völlig versagt, da sie der Diebstahlsflut nicht mehr Herr wird.

Es ist nicht zu verkennen, daß jene kommunistischen Irrlehren einen nicht geringen Teil der Schuld tragen, wenn heute so viele Menschen und namentlich die jungen sich so leicht über Gewissensskrupel hinwegsetzen und unbekümmert um die Folgen die Hand an fremdes Eigentum legen. Hand in Hand damit geht die ebenfalls stark um sich greifende Arbeitsunlust, die in den zahlreich vom Zaun gebrochenen Streiks und in der lawinenartig anschwellenden Arbeitslosenfürsorge ihren beredtesten Ausdruck findet.

Diese Zustände führen unweigerlich zum wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch, wenn nicht mit eiserner Hand in die Speichen des in rasender Geschwindigkeit rollenden Rades gegriffen wird. Was ist dabei nun gegen die erschreckend hohe Kriminalität im besonderen zu tun? Ausreichende Lebensmittel- und Kleidungsbedarfsversorgung der Bevölkerung, unermüdliche wirtschaftliche Aufklärung in der Schule und wenn auch vorübergehend, Arbeitszwang gegenüber Jugendlichen von der Schulentlassung bis zur Großjährigkeit, bedeuten hier gute Sanierungsmittel.

Daneben aber muß mit unnachsichtlicher Strenge gegen jeden erwiesenen Diebstahlsfall von Jugendlichen vorgegangen werden. Es nützt nichts, darüber zu klagen, daß dadurch die Kriminalstatistik der Jugendlichen gewaltig anwächst. Außerordentliche Notstände erheischen auch außerordentliche Maßnahmen. Die strengste Maßregel ist in solchen Zeiten milder als ein kraftloses Gehenlassen. Der Diebstahlsbazillus muß radikal ausgerottet werden, sonst kann das Volk nie wieder gesunden. Die Regierung dürfte sich nun zum Wort melden!

*

Vom Christianen-Waisenhaus in der Vorstadt Altenburg zu Merseburg.

Über das von der Herzogin Christiana von Sachsen-Merseburg 1698 gestiftete und nach ihr benannte Christianen-Waisenhaus in der Altenburg vor Merseburg sind allerlei dunkle Gerüchte im Umlauf. Die seit über 200 Jahren in Segen blühende Anstalt soll sich nicht mehr halten können und der Auflösung verfallen sein. Ich habe selbst davon sprechen hören. Sofort habe ich erklärt, daß das nicht möglich ist.

Zu meiner hohen Freude höre ich aus zuverlässigster Quelle, daß jene Gerüchte vom Verfall des Waisenhauses falsch sind. Eine Aufhebung des Christianen-Waisenhauses kommt nicht in Frage. Nur können mit Rücksicht auf die Not der Zeit keine neuen Zöglinge aufgenommen werden. Bisher waren die vorhandenen Mittel des Waisenhauses zum unbeschränkten Fortbetrieb wohl ausreichend. Jedoch die jetzige furchtbare Teuerung mit ihren märchenhaften Preisen klopft auch an diese stille Friedenstür und gebietet, sie vorläufig für Neuaufnahmen zu schließen. So schmerzlich es ist, so ist es doch eiserne Notwendigkeit.

Es hat auch mancher Merseburger Ärgernis daran genommen, daß im Waisenhausgarten eine Partie alter, hoher, prächtiger Bäume der Axt zum Opfer gefallen ist. Mancher hat darin eine Bestätigung des Gerüchts von der Aufhebung der Anstalt erblickt. Da ist er aber im Irrtum. Solche Gedanken liegen der Waisenhaus-Verwaltung durchaus fern. Nur der Not gehorchend hat man zur Axt gegriffen. Man will Mittel schaffen für die durch die schreckliche Teuerung enorm emporgeschnellten Kosten zum Unterhalt der Zöglinge. So haben die lieben alten Bäume ihr Leben lassen müssen, damit die Merseburger Waisenkinder weiter ihre freundliche Zuflucht behalten können.

Herzogin Christiana, Witwe des 1653—1691 regierenden Herrn Stifts-Administratoris Herzog Christians I., Hochfürstlicher Durchlaucht hat die Waisenhausstiftungs-Urkunde vollzogen am 9. Juni 1698; es war unter der Regierung ihres Enkels Herzog Moritz Wilhelm, der unter dem Namen der „Geigenherzog" im Gedächtnis seiner Merseburger lebt. Sie besaß in der Vorstadt Altenburg beim Klausentor ein Vorwerk, zu dem sie noch einige Ländereien hinzukaufte und dessen Gebäude sie neu aufführen ließ. Die nötigen Fonds für den Betrieb der Anstalt hat sie angewiesen. Am 22. September 1698, als am Geburtstage der Herzogin, wurden unter die Waisenkinder die ersten Kleider verteilt und dieser Tag wird seit 1707 alljährlich als Stiftungsfest gefeiert. Die feierliche Einweihung war am 27. September 1698.

Herzogin Christiana starb am 20. Mai 1701. Sie ruht an der Seite ihres Gemahls, des am 18. Oktober 1691 gestorbenen Herzogs Christian im Merseburger Dom in der Fürstengruft. Die Bilder des Herzogspaars Christian und Christiana befinden sich im Waisenhaus und waren im Herbst in der Merseburger Bilderausstellung im Schloßgartensalon. Am Waisenhaus ist der Herzogin Wappen mit den Initialen: C. H. Z. S. G. Z. S. H. = Christiana Herzogin zu Sachsen, geborene zu Schleswig-Holstein. So bezeugt das Wappenbild die Stifterin der Anstalt. Herzogin Christiana ist geboren am 22. September 1634, Tochter des Herzogs Philipp von Schleswig-Holstein-Glücksburg. Ihr Wappenbild ist auch an der Rischmühle und an der Neumarktsmühle, die ihr gehörten. Das eine Stein-Pyramidenpaar im Schloßgarten ist ein Denkmal für das Herzogspaar Christian und Christiana. Ihr Gedächtnis ist auch sonst in der Stiftsstadt Merseburg bezeugt, sie leben in gesegnetem Andenken bei ihren Merseburgern.

Die Einkünfte des Christianen-Waisenhauses wurden im Laufe der Zeit durch Vermächtnisse und Geschenke ansehnlich vermehrt. Eine besonders liebe Gabe stammt auch von der Herzogin Christiana selbst. Die ihr gehörige Rischmühle hat zu besorgen „das freye Mahlen und Schroten des für das Haus und die Wirthschaft des Waisenhaußes erforderlichen Getraides" und zu liefern alljährlich „zwey zu Specke gemästete Schweine"! Leider ist die schöne Schweine-Rechtsame abgelöst worden. Ei Potztausend, was wäre das für eine liebliche Erscheinung in unseren Tagen: Wenn von der Rischmühle her zum Christianen-Waisenhaus die zwei zu Speck gemästeten Schweine gepilgert kämen. Wie würden die Merseburger gucken und wie würden die Herzchen unserer Waisenkinder vor Freude hüpfen!

Die mit unserem Christianen-Waisenhaus ungefähr gleichaltrigen August Hermann Franckeschen Stiftungen in Halle sind auch durch die Not der Zeit mit ihrer furchtbaren Teuerung in Bedrängnis geraten. Hilfreiche Herzen und Hände haben sich aufgetan, daß auch ferner für neue Waisenkinder die segensreiche Pforte offen steht. Die freundlichen Helfer taten es im Geiste des Stifters, der über der Innentür zu dem Besucher spricht mit der schönen Inschrift: „Fremdling, was du erblickst, hat Glaube und Liebe vollendet, ehre des Stiftenden Geist glaubend und liebend wie er."

Möchten sich auch in Merseburg in Stadt und Land hilfreiche Herzen und Hände finden. Ein alter Merseburger Otto Schubert in Amerika ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Er hat außer anderen Gaben für Merseburg auch 1000 ℳ für das Christianen-Waisenhaus gestiftet. Es ist eine schöne Aufgabe zu helfen, daß auch ferner im Christianen-Waisenhaus neue Zöglinge aufgenommen werden können, was aber ohne gütige Hilfe nicht möglich ist. Wie manches Stift-Merseburgische Waisenkind hat dort im Laufe der Jahrhunderte eine freundlich-friedliche Zuflucht gefunden zum Segen fürs Leben.

Arthur Schwickert.

---

g. **Schkopau**, 17. April. Zu der von der hiesigen Rittergutsverwaltung veranstalteten Versteigerung des in den hiesigen Waldungen geschlagenen Nutz- und Brennholzes hatten sich zahlreiche Kauflustige eingefunden. Die angesetzten wirklich niedrigen Taxsätze wurden von den Käufern sprungweise überboten, indem eine Esche von 2 Festmeter zum Taxwert von 105 ℳ für 1900 ℳ und eine Eiche von 3 Festmeter zum Taxwert von 150 ℳ für rund 3000 ℳ erstanden wurden. Ähnlich ging es beim Brennholz zu, indem von einigen Ortschaften aus gleich Wagen mitgesandt waren zur Heimbeförderung des Holzes und deshalb gekauft wurde, was es auch kostete. Kein Wunder war es daher, daß für Scheitholz bis 100 ℳ pro Raummeter bezahlt wurde und auch Abraum teilweise enorm teuer war und der Haufen bis 65 ℳ kostete.

g. **Aus dem Elstertale**, 17. April. Die Kartoffelauspflanzung ist bei dem vorzeitigen Frühjahr nach Beendigung der Halmfruchtbestellung in den hiesigen Feldmarken sowohl in kleineren als auch größeren landwirtschaftlichen Betrieben in die Wege geleitet worden. Mit frühzeitigen Sorten, Frühblaue, Maikönigin u. a. ist der Anfang gemacht worden.

g. **Aus der Elster- und Luppenaue**, 17. April. Die herrliche vorzeitige Frühjahrswitterung, verbunden mit der Fruchtbarkeit infolge der Bewässerungen und Niederschläge, sind nicht ohne Einfluß auf den Ansatz des Wiesengrases geblieben. Durchweg ist derselbe ein recht befriedigender und zeichnet sich durch eine dunkelgrüne fast schwärzliche Färbung aus.

g. **Döllnitz**, 17. April. Die Fabrikation der Naßpreßsteine hat auf der zum hiesigen Rittergute gehörigen Braunkohlengrube 90/496 am vergangenen Montag begonnen, da die Gefahr des Erfrierens jetzt nicht mehr groß befürchtet wird und der Trocknungsprozeß bei den günstigen Witterungsverhältnissen gefördert wird. Der Preis pro Tausend soll dem Vernehmen nach 230 ℳ betragen, während das Hektoliter lose Kohle auf 5,40 ℳ bewertet werden soll.

W. **Neumark**, 16. April. Die öffentliche Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen am Mittwochabend in Schumanns Gasthof war von zirka 150 Kameraden und Kameradinnen besucht, welche teils im Reichsbund schon organisiert waren. Kamerad Härtel eröffnete die Versammlung, indem er bekannt gab, daß der Reichsbund nach Neumark gekommen sei, um eine selbständige Ortsgruppe zu gründen. — Hierauf sprach Kamerad Witschel über das Thema: „Warum müssen sich die Kriegsopfer organisieren" und „Was hat der Reichsbund erreicht, Zweck und Ziele des Reichsbund." Redner schilderte in kurzen Zügen die Kriegsteilnehmer-Organisationen vor diesem Weltkriege, die Kriegervereine. Des weiteren griff Kamerad Witschel auf die ersten Mobilmachungstage des August 1914 zurück. Gerne ist jeder dem Rufe des Vaterlandes gefolgt, wurde doch den Kameraden der Dank des Vaterlandes zugesagt. Erst als sich die Kriegsbeschädigten organisiert hatten, gestützt auf den Reichsbund, gelang es ab 1. 7. 1918 eine Erhöhung der Rente des Mannschafts- und Hinterbliebenen-Versorgungsgesetzes von 1906-07 durchzusetzen. Als dann die Revolution kam, hat auch hier der Reichsbund bei der Volksregierung nicht nachgelassen in Bezug auf Erhöhung der Renten. Die weiteren Mängel im Mannschaftsversorgungsgesetz wie die Unterschiede Kriegsdienstbeschädigung und Dienstbeschädigten-Verstümmelungszulagen, der Kannvorschriften, die Kapitalabfindung beleuchtete der Referent ausführlich. Das neue Mannschaftsversorgungs- und Hinterbliebenen-Gesetz ist bereits in Bearbeitung und dank unserer straffen Organisation hoffen wir, daß diese ungerechten Härten verschwinden werden. Hand in Hand mit dem Mannschaftsversorgungsgesetz muß aber auch die soziale Fürsorge arbeiten, um allen Kriegsopfern einen Zuschuß zu gewähren, und den Kameraden, welche seelisch schwer krank sind, die Lust am Leben wiederzugeben. Nicht nur die Sucht nach hohen Renten soll zutage treten, nein, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sollen als gleichwertige Menschen in der Gesellschaft stehen. Die Kriegsopfer sollen dem Erwerbsleben ohne ihren Nachteil aber auch ohne Nachteil für die gesamte Volkswirtschaft zugeführt werden. Auch hier ist unseren Kriegerhinterbliebenen ein großes Arbeitsfeld für die Kindererziehung geschaffen. Nicht in Fabriken, nein an der tatkräftigen Erziehung der Jugend sollen die Frauen arbeiten und mitwirken helfen. Weiter streifte noch der Referent die Frage der Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangenen und wurde ihm am Schlusse seiner Ausführungen lebhafter einstimmiger Beifall gezollt. In der Diskussion sprachen sich alle Anwesenden dahingehend aus, daß nur der Reichsbund die tatkräftigste und wrikliche Einheitsorganisation ist. In seinem Schlußwort erwähnte der Referent, daß vor allen Dingen immer noch bei gewissen Behörden in dem alten Tempo weiter gearbeitet wird wie früher, es aber auch an vielen Stellen noch an dem guten und ehrlichen Willen, den Kriegsopfern die Notlage zu lindern, fehlt. Nur durch eine tatkräftige und schlagfertige Organisation sei etwas zu erreichen und die letzten Worte, sich auf dem am 11. Mai in Würzburg tagenden Bundestag dafür einzusetzen, daß sich alle Kriegsbeschädigten-Organisationen zu einer einzigen Organisation zusammenschließen, wurden mit Beifall aufgenommen. — Obwohl fast sämtliche Kameraden organisiert waren, konnten 20 Kameraden neu aufgenommen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0006

Luftschiffahrt.

Vorläufige Regelung des Luftverkehrs.

Auf Grund der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über die vorläufige Regelung der Luftfahrt vom 3. Januar 1920 erläßt der Reichsverkehrsminister folgende Verordnung:

Der Besitzer eines Grundstücks oder einer Wasserfläche ist verpflichtet, den Weiterflug oder die Abbeförderung gelandeter Luftfahrzeuge zu dulden, nachdem die Persönlichkeit des Halters und Führers des Luftfahrzeuges festgestellt worden ist. Diese Feststellung erfolgt bei Luftfahrzeugen der Mächte, für die der Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 Geltung hat, durch Einsichtnahme in die von der Heimatsbehörde des Luftfahrzeuges ausgestellten Ausweise der Besatzung. Bestimmte Gebiete und Grundstücke können für Landung und Überflug verboten werden. Das Verbot tritt mit der Bekanntmachung durch das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen in Kraft. Für die Gewährung von Hilfe an gelandete und an wiederaufsteigende Luftfahrzeuge ist eine angemessene Vergütung zu leisten. In Lufthäfen sind die ortsüblichen Gebühren und in Ermangelung solcher angemessene Vergütungen zu zahlen. Von jeder Landung eines Luftfahrzeuges hat der Eigentümer oder Besitzer der Landungsfläche der Polizeibehörde Mitteilung zu machen. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft getreten.

Vermischtes.

* **Eine merkwürdige Ehescheidungsgeschichte** beschäftigt zurzeit die deutschen Gerichte. Der Legationsrat a. D. Dr. von Flöther hatte eine junge Sängerin namens Horst geheiratet. Unmittelbar nach Geburt eines Kindes verlangte er von ihr, daß sie sich scheiden lassen solle, da durch die Geburt eines Leibeserben das Majorat des alten Geschlechts gesichert wäre. Die junge Frau weigerte sich, und die Folge war, daß ihr Ehemann sie kurzerhand in der Irrenanstalt in Ilten (Hannover) unterbringen ließ. Von hier kam die geistig völlig gesunde Frau in die Irrenanstalt des Professors Binswanger in Jena. Von Rechtsanwalt Bahn wurde im Auftrag der Mutter von Frau von Flöther Strafantrag wegen Freiheitsberaubung bei der Staatsanwaltschaft gestellt, der zur Folge hatte, daß sie sofort ihre Freiheit wiedererlangte. Unter Vorwänden brachte nun, nach der Darstellung der einen Partei, F. seine Frau nach der Schweiz, ließ sie in Bern entmündigen und setzte auch, da sie sich nicht genügend verteidigen konnte, bei dem Amtsgericht Bern die Ehescheidung durch. Die Entmündigung wurde bald wieder aufgehoben. Frau von F. kehrte nun nach Deutschland zurück und betrieb sofort die Aufhebung des schweizerischen Urteils. Sie stellte beim Landgericht Hildesheim den Antrag auf Alimentenzahlung mit der Behauptung, daß das Berner Urteil nichtig sei, da es nicht nur erpreßt, sondern auch aus juristischen Gründen unhaltbar sei. Das Landgericht hat nun im Anschluß an eine Auskunft des Reichsjustizministers, der mit der Sache ebenfalls befaßt war, entschieden, daß das schweizerische Urteil nichtig sei, da es unter Verletzung des § 5 des Haager Abkommens vom 12. Juni 1902 ergangen sei. Nach Ziffer 2 dieses Paragraphen sei die Gerichtsbarkeit des Heimatstaates allein für Scheidungsklagen zuständig, soweit sie von deutschen Gerichten erhoben werden könnten. Dies sei aber hier zutreffend, da der letzte Wohnsitz des Ehemannes in Deutschland gewesen wäre; außerdem sei zwischen Deutschland und dem Kanton Bern nicht die Gegenseitigkeit verbürgt.

* **Ein Mitglied der U. S. P. von Spartakisten ermordet.** Wie der „Essener Anzeiger" vom 8. April berichtet, hatte der Essener Vollzugsrat einen gewissen Langensiepen aus Barmen verhaften und in das Essener Gerichtsgefängnis einsperren lassen. Er war auf eine bloße Verdächtigung hin verhaftet worden. Langensiepen war Mitglied der U. S. P. Er wurde kurzerhand für einen Spitzel erklärt und zum Tode verurteilt. Nachts gegen 1 Uhr holte ihn die Gefängniswache aus der Zelle und brachte ihn in den Leichenkeller. Dort wurde L. an die Wand gestellt und erschossen. Wie die „Buersche Zeitung" vom 8. April mitteilt, haben die Mörder die Gefängnisbücher gefälscht, indem sie eintrugen, der Ermordete sei als erschossener Plünderer eingeliefert worden. In die Zelle des Erschossenen aber sperrten sie einen anderen Mann ein, den sie am folgenden Morgen entließen.

* **Flußpiraten auf dem Rhein.** Auf dem Rhein hat sich nach Berichten aus Mainz das Diebesunwesen auf den Schiffen, die vor Anker liegen, zu einem Piratenzustand ausgewachsen. So wurden dieser Tage zwei Kohlenschiffe, die bei Nierstein ankerten, in der Nacht von einer ganzen Kahnflotille regelrecht überfallen und ausgeplündert. Von den Schiffen wurden 800 Zentner Kohlen und 100 Zentner Koks gestohlen. 15 Diebe und 8 Hehler konnten bisher festgenommen werden.

Reklameteil.

Ambulatorium f. Haut-, Geschlechts- und Beinleiden / Facharzt, Sanitätsrat Dr. Kallmann / Halle a. Saale
Rannische Straße Nr. 12 — gegenüber dem Waisenhaus
Sprechzeit: 10—1, 3—5 Uhr — Sonntags 10—12 Uhr

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Eine Parzelle Gartenland,
neben dem Wiesnerschen Hausgrundstück, Hallesche Straße 74, gelegen, der Frau Lina verw. Poser gehörig, soll Dienstag, d. 20. 4., nachmittags 6 Uhr, in der Gastwirtschaft „Wettiner Hof", Hallesche Straße, öffentlich meistbietend versteigert werden.
Albert Franke, Auktionator.

Nähe der Bahn ist zum 1. Mai **möbl. Zimmer** an besseren Herrn zu verm. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Frdl. Schlafstelle für zweiten Herrn offen Brühl 4.

Schlafstellen od. einf. möbl. Zimmer, mit od. ohne Beköstigung, für 2 Bildhauer sofort gesucht Bielig, Domstr. 10.

Schlafstelle von ruhigem Handwerker gesucht. Off. unt. 890 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch.
3-Zimmer-Wohnung in Halle gegen eine solche in Merseburg an ruhige Leute zu vertauschen. Off. unt. 893 an die Exp. d. Bl.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen
ANNY LÜSCH
KURT HEINICKE
Naumburg a. S. — Merseburg
den 16. April 1920

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank!
Alsleben a. S., den 17. April 1920.
Paul Kühlewind und Frau
Elisabeth geb. Classe.

Für die anläßlich der Verlobung unserer Tochter Alice mit Herrn Slivka zugegangenen Gratulationen und Geschenke sagen wir allen nur auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank!
Merseburg, den 17. April 1920.
Friedrichstraße 11.
Carl Kundt und Frau.

Friedrichroda Thüringer Wald 430—710 m ü. M.
Beliebtester Sommer- u. Winterkurort Thüringens m. Schloß u. d Park Reinhardsbrunn. Alle hygienischen Einrichtungen. Voller Kurbetrieb. Prospekt: Städtische Kurverwaltung.

Wohnungstausch!
Angenehme 3-Zimmerwohng., gute Lage in Naumburg/Saale, gegen ebensolche, auch größ. in Merseburg zu tausch. ges. Werte Ang. unt. 889 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch!
Stube, Kammer, Küche, elektr. Licht Alsleben (Saale) — Merseburg. Off. unt. 891 a. d. Exp. d. Bl.

Hausgrundstück
in Halle a. S., sehr geräumig in bester Lage, Nähe Markt, 50—60000 Mark Anzahlung, zu jedem großen Geschäft geeignet, ist unter günstigen Bedingungen durch mich sofort zu verkaufen. Off. erb. an Albert Franke, Merseburg, Lindenstr. 11.

Zu verkaufen: Gasthof mit Saal, 1½ Morg. Land für 78000 Mk. bei 35000 Mk. Anz. Zu kaufen gesucht: ein Gut, Anz. bis 250000 Mk. Richard Bauer, Naumburg a/S. Gr. Jägerstr. 41.

Gute Bäckerei bald zu pachten gesucht. Offert. unt. 887 an die Exp. d. Bl.

Geld erhalten solv. Leute jeden Standes (ohne Bürgen) von 100 bis 3000 Mark durch
Franz Sand, Merseburg a. S., Roter Feldweg 8.
Sprechzeit täglich von 8—11 Uhr vormittags und 4—7 Uhr nachm. Sonntags von 8—11 Uhr vorm.

Bekanntmachung!
Vom 1. Mai 1920 an tritt eine Erhöhung der Fahrpreise auf sämtlichen Überlandbahnlinien ein.
Die neuen Preise sind an den Haupthaltestellen und in den Wagen veröffentlicht.
Merseburger Ueberlandbahnen-Aktiengesellschaft.

5000 Mark als 1. Hypothek auf Grundstück ges. Off. u. 886 a. d. Exp. d. Bl.

Preiswert!!!
1 Paar weiße Glacéhandschuhe, 1 seidene Bluse für ältere Frau, 1 Frauen-Jackett, 1 paar neue Blusenkragen u. 1 Jackett für junges Mädchen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Guterhalt. **Kleidungsstücke** sowie Artistentrikot, Velourhut (56—57), Mütze, Stiefeln, Leibwäsche und ein tadelloser Grammophon mit 50 Platten preiswert zu verkaufen Meuschauer Str. 13, pt.

Ganz neue Hose (gestreift), preisw. zu verk. Besichtig. vorm. 9 Uhr. Wo sagt die Exped. d. Bl.

Ein ger. schw Gehrock z. verk Meuschauer Str. 21a, 1 Tr.

Ein fast neuer **Regenmantel** (echt Gummi) zu verk. Zu erfr. Am Stadtpark 1, 1 Tr. l.

El. g. w. Bluse u. guterh. Mantel f. 13-14 j. M., Damenschnürschuhe Gr. 38 u. Herrenglacéhandschuhe z. verk. Roonstr. 13, 2 Tr., r.

Strohhut für j. Mädchen zu verkaufen Gr. Ritterstr. 15.

Tapeten verkauft **E. Bernhardt** Tapezierermeister u. Dekorateur — Gotthardtstr. 42, I. Etage

Kinderwäsche ist zu verkaufen. Wo sagt die Expedition d. Bl.

Neue Herrenschuhe (Box, Gr. 44), neuer Herrenhut (braun, Gr. 55), neues Herrenjackett (gr. Figur), getragene Herrenuhr billig zu verkaufen Preußerstr. 10, 2 Tr. r.

Ein Paar fast neue **Herrenschuhe,** Größe 41, preiswert zu verkaufen Clobikauer Straße 4, pt.

Gut erhaltene Schuhe (für 6jähr. Kn. p) zu verkaufen Moltkestraße 3, 2 Tr.

Hohe, schwarze **Damenknöpfstiefel** (neu, Wildleder, Gr. 38) zu verk. Weißenfelser Str. 7, 1 Tr.

Wer kaufen oder verkaufen, mieten oder vermieten, leihen oder verleihen will
Wer Kapital, Teilhaber, Personal, Vertreter sucht
inseriere im vielgelesenen Merseburger Korrespondent.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 28 — Merseburg, 17. April — 1920

163] **Versteuerung der im Kleinhandel befindlichen Luxusgegenstände.**

Gemäß des § 47 des neuen Umsatzsteuergesetzes ist der Umsatz im Kleinhandel der Gegenstände des § 8 des alten, die unter § 15 des neuen U.-St.-G. fallen, weiterhin einer 10%igen Steuer unterworfen, wenn die Gegenstände am 31. Dezember 1919 im Besitz des steuerpflichtigen Kleinhandelsbetriebes waren und im Laufe des Kalenderjahres 1920 von diesem veräußert worden sind (vergl. darüber Rundschreiben vom 18. Dezember 1919 III Pz. 17450 — Amtl. Mitteilungen 1919 Nr. 13 S. 473). Seitens kaufmännischer Kreise und seitens mehrerer Behörden ist wiederholt angeregt worden, den gesamten Bestand an derartigen Gegenständen, ohne Rücksicht auf den Absatz, in einer Summe versteuern zu dürfen. Ich verkenne nicht, daß sich der Steuerpflichtige durch eine derartige Maßnahme die Möglichkeit verschafft, die Gegenstände später zu einem höheren Preise zu verkaufen, als er sie jetzt versteuert. Ich bin jedoch bereit, die Möglichkeit dieses finanziellen Nachteils in Kauf zu nehmen, da eine derartige Bestimmung dem Steuerpflichtigen eine erhebliche Erleichterung gewährt. Ich bestimme daher, daß es dem Steuerpflichtigen freisteht, spätestens in der am 1. April 1920 fälligen Steuererklärung den gesamten Bestand in den eingangs erwähnten Gegenständen ohne Rücksicht auf den Absatz anzugeben. Maßgebend ist gemäß § 138 der Reichsabgabenordnung der Preis, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Gegenstandes unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Gegenstände bei einer Veräußerung zur Zeit der Abgabe der Steuererklärung im Kleinhandel zu erzielen wäre. Ich ersuche, die Umsatzsteuerämter entsprechend zu unterweisen und die beteiligten Kreise über die ihnen gebotene Möglichkeit beschleunigt aufzuklären. Die Umsatzsteuerämter sind zur sorgfältigen Prüfung der Steuererklärungen, in denen von der Befugnis Gebrauch gemacht wird, anzuhalten. Gelegentliche Kontrollen der Lagerbestände und der Bücher in Ausübung der Steueraufsicht werden erforderlich sein.

Zur Klarstellung eines in letzter Zeit vielfach vorgekommenen Zweifels bemerke ich ausdrücklich, daß sich § 46 nur auf solche Beträge bezieht, bei denen ein fester Preis vereinbart ist, nicht aber auf solche jetzt die Regel bildende Beträge, bei denen der Preis erst am Tage der Lieferung vereinbart wird.

Berlin, den 19. Februar 1920.
Der Minister der Finanzen.
J. A. gez. Unterschrift.

Veröffentlicht!
Merseburg, den 29. März 1920.
Kreisausschuß
Umsatzsteueramt
Dr. Mosle.

164] **Kleinhandelshöchstpreis für Margarine.**

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1920 — Nr. 51 des amtlichen Anzeigers — wird der Preis für Margarine im Kleinhandel für Merseburg-Land für das Pfund auf 14,— Mk. festgesetzt.

Die Preisänderung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 12. April 1920.
Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

165] **Kleinhandelshöchstpreis für Butter.**

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 30. Januar 1920 — Nr. 55 des amtlichen Anzeigers — wird der Preis für Molkerei- und Landbutter im Kleinhandel für Merseburg-Land für das Pfund auf 14,50 Mk. festgesetzt.

Die Preisänderung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 12. April 1920.
Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

166] Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 18. April 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 307) wird folgendes bestimmt:

Artikel I.

§ 5, Absatz 1 bis 3 der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 7. Januar 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 27)/4. Februar 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 197) erhält folgende Fassung:

Bei Abgabe an den Selbstverbraucher dürfen die Preise

1. bei KA-Seife einschließlich Packung
für 1 Stück von 50 Gramm . . . . . 0.75 Mark,
für 1 Stück von 100 Gramm . . . . . 1.50 Mark,
2. bei KA-Seifenpulver einschließlich Packung für je 250 Gramm . . . . 2.10 Mark,
3. bei Kernseife und sonstiger Seife in schnittfester Form, mit Ausnahme von Feinseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von
a) 58 und mehr vom Hundert 30.— Mark für 1 Kilogramm,
b) 50 bis 57 vom Hundert 25.— Mark für 1 Kilogramm,
c) 40 bis 49 vom Hundert 21.25 Mark für 1 Kilogramm,
d) 30 bis 39 vom Hundert 14.— Mark für 1 Kilogramm,
e) 20 bis 29 vom Hundert 9.50 Mark für 1 Kilogramm,
f) unter 20 vom Hundert 3.75 Mark für 1 Kilogramm,
4. bei Feinseife einschließlich Packung 40.— Mark für 1 Kilogramm,
5. bei Schmierseife, mit Ausnahme der nach § 2, Absatz 5 in Apotheken abzugebenden Kaliseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von
a) 38 und mehr vom Hundert 15.— Mark für 1 Kilogramm,
b) 30 bis 37 vom Hundert 12.— Mark für 1 Kilogramm,
c) 20 bis 29 vom Hundert 7.50 Mark für 1 Kilogramm,
d) 10 bis 19 vom Hundert 3.75 Mark für 1 Kilogramm,
e) unter 10 vom Hundert 1.70 Mark für 1 Kilogramm

nicht übersteigen.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 339).

Der Überwachungsausschuß der Seifenindustrie ist berechtigt, für die nach seiner Weisung hergestellten Seifen und Seifenpulver besondere Preise festzusetzen, die die im Absatz 1 genannten Höchstgrenzen nicht überschreiten dürfen.

Artikel II.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 8. März 1920.
Der Reichswirtschaftsminister.
In Vertretung: gez. Hirsch.

167] **Körung von Zuchtstieren.**

Im Monat Juni d. Js. soll eine Körung von Zuchtstieren stattfinden. Zuchtstiere, die zum Bedecken fremder Kühe verwendet werden sollen, sind unter Angabe des Alters, der Farbe und der Rasse bis zum 1. Mai d. Js. schriftlich hier anzumelden. Gleichzeitig mit der Anmeldung sind 3 Mk. Körgebühren an das Büro des Kreisausschusses zu senden.

Bei Angabe der Rasse ist zwischen Höhenvieh und Niederungsvieh zu unterscheiden.

Zum Höhenvieh gehören: Fleckvieh (Simmentaler), einfarbig gelbes Höhenvieh, Braunvieh, kleines rotes Höhenvieh, rotblässiges Höhenvieh.

Zum Niederungsvieh gehören: Schlesisches Rotvieh, rotes schleswigsches Milchvieh, braune Ostfriesen, rotbuntes Niederungsvieh, schwarzbuntes Niederungsvieh, Schorthorns.

Kreuzungen zwischen Höhen- und Niederungsvieh sind besonders anzugeben.

Merseburg, den 8. April 1920. — Tgb.-Nr. 2417 K. A.
Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

168] **Verordnung**

über Maßnahmen zum Schutze der Mieter und des Mieteinigungsamts.

In Abänderung der Verordnung vom 11. Oktober 1919 beschließt der Kreisausschuß:

1. Die für Wohnräume in der Verordnung vom 11 Oktober 1919 gegebenen Anordnungen beziehen sich überall auf Mieträume, sowie in gleicher Weise auf Läden, Geschäftsräume und Büros.
2. Der Absatz 1 des § 3 der Verordnung vom 11. Oktober 1919 erhält folgende Fassung: Jede Neuvermietung einer Wohnung bedarf der vorherigen Genehmigung des Wohnungsamtes. Sofern Mietssteigerungen damit verbunden sind, erfolgt die Genehmigung jedoch nur mit Zustimmung des zuständigen Mieteinigungsamtes.
3. § 8 Ziffer b der obigen Verordnung erhält folgende Fassung: Der Vermieter, wenn eine seit dem 1. Juni 1917 dauernd oder zeitweise vermietet gewesene Wohnung an einen neuen Mieter vermietet oder der Mietpreis innerhalb des bestehenden Mietsverhältnisses erhöht wird. In der Anzeige ist der zuletzt entrichtete und der neue Mietspreis, sowie der am 1. Juli 1914 für die Wohnung gezahlte Mietspreis anzugeben und bei Neuvermietung auch der Name des neuen Mieters.

Merseburg, den 12. April 1920.
Mosle. Derkow. Burkhardt. Sämisch. Förster.

Freiwillige Auktion.

Umzugshalber und wegen Aufgabe des Baugeschäfts versteigere **Dienstag, den 20. April, von vormittags 10½ Uhr an,** im Grundstück des Baumeisters **K. Berthel zu Großlehna** folgende Gegenstände:

1 dreizöll. Lastwagen m. Schleifzeug, 1 einsp. Kastenwagen mit Schleifzeug, 1 zweiräd. Wagen, 1 Droschke, 2 Kutschgeschirre, Kummete, Kutschzügel, 1 Diagfragma-Pumpe mit Schlauch, 1 kl. Mauersteinmaschine, Rüstzeug, 200 Pfosten, 50 Karrenhölzer, 5 Kastenkarren, 20 Leitern, 5 Kasten, 45 Wölbeisen, 40 Rüsteisen, 50 Klammern, 20 Eimer, 5 Sandfegen, 10 Böcke, 1 Hobelbank, 20 Hobel, vollständiges Zimmererhandwerkszg., Schleifmaschine, Schleifstein, Wagenhebe, Winde, 2 eiserne Oefen, 10 Türschlösser, 30 Paar Türbänder, 20 Paket Drahtstifte, 30 Essenschieber, 30 Schubriegel, 40 Balkenanker, 6 Tonröge, 6 Stubentüren, 1 Haustür, 2 eis. Rammel, 5 eis. Bogen, Teer, Karbolineum, Asphalt, alle Sort. Farbe, Bleiweiß, Zinkweiß, Eisenlack, hölz. Sohlenbank und Zementstufenformen, viel Brennholz, 1 trag. Ziege, 1 Küchenschrank, Regal und viele andere Bau- u. Wirtschaftsgegenstände.

Bedingungen vor der Auktion.

F. Meinhardt, Auktionator.

Damenstiefel (39), vorgeschuht, getragene Damenstiefel (37), Herrenanzug, gut erhalten, Größe 1.75, und Kinderschaukel zu verkaufen. — Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Ein Sofaplüschbezug, bunt, Friedensware, Preis 800 Mk., z. verk. **Körbisdorf 13.**

Neues Sofa verk. Ramthor, Wallendorf.

Ein schöner, fast neuer

Nußbaum - Sofaumbau

zu verkaufen Schotterey Nr. 78.

Eine große, fast neue **Brühwanne** steht zu verkaufen Röffen Nr. 8.

Mod. Klaviersessel, echt Ledersitz, nußb. pol., zu verkaufen Seffnerstraße 2, 1 Tr.

---

1 Bettstelle mit Matratze und 1 Grammophon zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Eiserne Bettstelle m. Mtr., ein Tisch zu verk. Ober-Altenburg 32.

Freihändiger Wagen-Verkauf

in Merseburg a. Saale.

Dienstag, den 20. April, Mittwoch, den 21. April, Donnerstag, den 22. April d. J., jeden Tag von vormittags 10 Uhr an bis 3 Uhr nachmittags findet im **Mannschafts-Gefangenenlager** der Verkauf aus Heeresbeständen gegen Barzahlung statt. — — — Zum Verkauf kommen:

Za. 350 Wagen

verschiedener Art (einzeln und in Partien); ferner: **Deichseln, eiserne und hölzerne Brecken, Ortscheite, 2 Entlausungswagen mit Federn und 1 Sterilisier-Apparat.**

Im Auftrage:

Albert Franke, beeidigter Auktionar,

Merseburg, Lindenstraße 11. Telephon 635.

+ Geschlechtskranke! +

Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.

Harnröhrenleiden, frischer auch veralteter Ausfluß, Heilung in kurzer Frist ohne Höllenstein und scharfe Einspritzungen. **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber und schmerzhafte Einspritzungen. **Manneschwäche,** schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung. Über jed. d. drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlr. ärztl. Gutachten u. hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch

Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77

Potsdamer Strasse 123B. Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.

Genaue Angabe d. Leidens erforderl., damit richtige Broschüre gesandt werden kann

---

Zu verkaufen **eiserne Gartenmöbel und türkisches Schaltuch** mit schwarzem Spiegel, passend als Chaiselongue-Decke Blumenthalstraße 10, 2 Tr.

Knabenfahrrad u. Manschester-Arb.-Hose verk. billig Karlstr. 27, 2 Tr.

Handleiterwagen, Backmulden, Kuchenschieber, Harken, Leitern, Pfähle, Bohnenstangen, Karren, Kumthölzer hat zu verkaufen **A. Kaiser, Merseburg,** „Thüringer Hof."

Seminar - Lehrbücher zu verkaufen Karlstr. 20, 1 Tr.

Gut erhaltenes Grammophon mit Platten billig zu verkaufen. **B. Hussy, Neumark-Bedra,** Steinbaracke.

Fernglas zu verkaufen Christianenstraße 5, 1 Tr. l.

Kleine Ziege und Bock, Kaninchenhäsin und kleiner Handwagen zu verkaufen. Kirsten, Meuschauer Str. 1, 1 Tr.

Eine neumelk. Ziege steht zum Verkauf Wallendorf Nr. 21.

Futterfeste Absatzferkel verkauft Blösien Nr. 5.

Futterfeste **Absatzferkel.** E. Baumann, Gotthardtstr. 30.

---

11 Stck. kleine Enten zu verkaufen Meuschau Nr. 47.

---

12 kl. Gänse zu verkaufen Meuschau Nr. 31.

Spreu verkauft Meuschau Nr. 49.

Steck- u. Speisezwiebeln zu verk. Lauchstedter Str. 48.

Kräft. Gemüsepflanzen bietet an Schloßgärtnerei Fernspr. 606.

Futterrüben wieder frisch eingetroffen, sowie **Brikett** in Fuhren und einzeln gibt ab A. Gautzsch, Breite Str. 12, alt. P.

Schreber-Garten-Verein „Nord"

Früh-Kartoffelausgabe heute Vormittag 8 Uhr im Vereinshause.

Der Vorstand.

Dezimalwage zu kaufen gesucht. Off. m. Preis unter 895 an die Exped. d. Bl.

Friedmann & Co.
Bankhaus
Halle a. S., Poststraße 2

An- und Verkauf von Kriegsanleihen, Pfandbriefen, Stadtanleihen, ausländischen Wertpapieren und Valuten-Coupons

Contocorrent- und Scheckverkehr

Gewährung von Kredit, Darlehen und Hypotheken

Für die Hausschneiderei unentbehrlich

Schnittmuster vorrätig bei **Frz. Hildebrandt, Kl. Ritterstr. 13.**

Erstklassige, moderne **Nähmaschinen** Marke „Gritzner" eingetroffen.

Fr. Wegner, Karlstrasse 8.

Kohlenfuhren nimmt an **Neumarkt 58.**

Kohlenfuhren werden ausgeführt Blumenthalstraße 7.

Gespanne zum Kohlenfahren aus Beuna und Kanna für sofort sucht **Spediteur Haluszczak** Nulandtstraße 8 — Teleph. 276

Bruchkranke können geheilt werden ohne Operation und Berufsstörung. Nächste Sprechstunde in Halle, Hotel „Europa", am 28. April von 10—1 Uhr.

Dr. med. Laabs, Spezialarzt für Bruchleiden.

+ Gummiwaren

Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen

sanitäre Frauenartikel

Anfrag. erbrt. Versandhaus Heusinger Dresden 240, Am See 3.

+ Frauen +

Gebrauchen Sie nur die bestens bewährten **Mensalla-Tropfen extrastark** Preis M. 12,—. In hartnäckigen Fällen **Sortiment Mensalla** (Tropfen extrastark, Pulver und Tee) Preis M. 20,— Porto extra. Nachnahme oder Voreinsendung. **Laboratorium Kosmetikum, Berlin-Friedenau D 21**

Viehtröge

in verschiedenen Größen und Formen

empfiehlt

Michel-Brikett - Verkaufsstelle, Neumarkt 67.

Tücht. Bäckermeister ohne Anhang, 50 Jahre alt, wünscht **Einheirat** in gut gehende **Bäckerei.** Offert. unt. 888 an die Exp. d. Bl.

Viele vermög. Damen wollen sich bald glückl. verheir. Herren, auch ohne Vermög., erh. sof. Ausk. d. Frau **Puhlmann,** Berlin, Weißenburger Straße 43.

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verheirat. Herren, wenn auch ohne Verm., erhalten sofort Auskunft durch **„Union" Berlin,** Postamt 37.

Für unsere demnächst in Betrieb kommende Stahl- und Eisengießerei suchen wir zum baldmöglichsten Eintritte mehrere

perfekte Buchhalter, Comptoiristen, Kalkulatoren und Zeichner.

Ausführliche schriftliche Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche, Referenzen u. d. frühest. Eintrittsterm. sind zu senden an **Stahl- und Eisenwerk Frankleben,** Frankleben b. Merseburg.

Zum möglichst sofortigen Antritt einen

kaufmännisch gebildeten Herrn für Buchhaltung und Expedition, sowie eine Dame für Buchhaltung

gesucht. Angebote sind schriftlich unter Angabe bisheriger Tätigkeit mit Zeugnisabschriften einzureichen an

Engelhardt-Brauerei A.-G.
Abt. Stadtbrauerei Merseburg.

Achtung! Das sich auf meinem Grund und Boden, in **Zöschen** befindliche **Trinkwasser** ist mir gerichtlich als mein Eigentum zugesprochen worden. Der Frau Ww. Vollmer habe ich von meinem Wasser eine Zweigleitung für sich und deren Hausbewohner zugestanden. Allen anderen Personen ist die Wasserentnahme von dieser sowie meiner Leitung verboten. Zuwiderhandlungen werde ich gerichtlich verfolgen.

Fritz Schmölling, Eisleben.

Zahle 50 Mark Belohnung dem, welcher mir den Täter nachweist, der vor meinem Grundstück in **Zöschen** meine **Wasserleitung** herausgerissen hat, so daß ich selbigen gerichtlich verfolgen kann.

Fritz Schmölling, Eisleben.

Heiratsgesuch!

Gut situierter Herr i. gut., saub. Lebensstellung, 32 J. alt, ledig, sucht Bekanntsch. mit Fräul. od. Ww., v. Stadt od. Land angenehm, zw. sp. Heirat. Off. unt. 884 an die Exped. d. Bl.

Suche eine liebevolle Pflege für unser Töchterchen (½ Jahr alt) gegen Bezahlung. Offert. unt. 894 an die Exp. d. Bl.

Junges Mädchen in allen häuslichen Arbeiten und Kochen erfahren, sucht für sofort oder später Stellung. Off. unt. 892 an die Exp. d. Bl.

Junges Mädchen (15 J.) sucht Stellung als **Dienstmädchen** zum 1. Mai. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Nebenverdienst bis 1000 M. monatl. zuhause, ohne Vorkenntnisse. Näher. auf briefl. Anfrag. **S. Woehrel & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichterfelde,** Postf. 603.

Tüchtiger Provisionsreisender für Schuhcreme, Seife 2c. gesucht. Kurze schriftliche Offerten unter 896 an die Exp. d. Bl.

Ziegelei-Arbeiter werden angenommen

Ziegelei Amtshäuser 2.

14—15 jährige

Arbeitsburschen

stellt ein

Peitschenfabrik Hallesche Str.

Kräft. Hausbursche sofort gesucht **Weißenfelser Straße 7.**

---

1 Lehrling stellt noch ein G. Sachse, Tischlermeister.

Jung. Mädchen aus achtbarer Familie, das Lust hat, die **Binderei** zu erlernen, kann bei mir eintreten.

Alb. Trebst, Entenplan 3.

Frauen

zur Feldarbeit werden angenommen **Vor dem Klausentor 5.**

Ehrliches junges Mädchen oder unabhängige Frau, welche sich zum Zeitungsverkauf eignet und Hausarbeit versteht, wird bei freier Kost u. Wohnung und gutem Verdienst gesucht.

Kaufhaus Bauer, Leuna-Werke.

Einfache Stütze, die selbständig kocht, möglichst sofort gesucht. Näheres **Unter-Altenburg 44, 1 Tr.**

Gesucht Hausmädchen bei hohem Lohn zum baldigen Antritt zur Hausarbeit und zur Besorgung des Federviehs.

Rittergut Wallendorf bei Merseburg.

Junges, ordentliches **Dienstmädchen** gesucht **Hallesche Str. 19, pt.**

Dienstmädchen sofort gesucht. **Frau Weniger,** Obere Breite Str. 5.

Jüngeres Mädchen für 15. April oder später ges. **Schloßgärtnerei.**

Aufwartung für morgens gesucht. Uhrmacher **Kraft,** Gotthardtstr. 13.

Suche für sofort od. 1. 5. 20 ältere, erfahrene **Aufwartung** für den ganzen Tag, oder **älteres, erfahr. Mädchen** bei guter Bezahlung.

Frau H. Albrecht, Unter-Altenburg 18.

W. Kinderhut verloren. Gegen Belohnung abzugeben **Clobikauer Str. 30, 3 Tr. r.**

Verloren sind Freitag, den 16. 4., auf dem Wege von der Hälterstraße 2 nach der Unter-Altenburg (Teichmann) **4 Butterkarten,** mit dem Namen Hoffmann versehen. — Abzugeben gegen Belohnung **Hälterstr. 2, 1 Tr.**

Br. Mappe mit Geld und Fettmarken (Nr. 19703, 19704, 19705) verloren. Finder kann Geld behalten. Bitte abzug. bei **Günther,** Johannisstr. 15.

Am Freitag Ab. gegen 6 Uhr **schwarze Geldbrusttasche** auf dem Wege Ölgrube, Schmalestr., über den Markt, Burgstr. bis Georgstr., mit ca. 360 Mk. Inhalt von einem Armen verloren. Ehrlicher Finder erhält 160 Mk. Belohng. Abzug. bei Maler Büchsenschuß, Georgstr. 2

169] **Verordnung.**

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Januar ds. Js. über die Verlängerung des Ausnahmezustandes für das Reich und der mir erteilten Vollmacht des Reichspräsidenten vom 16. März ds. Js. verordne ich für die Provinz Sachsen und für den Freistaat Anhalt:

§ 1.

Die Mitglieder der durch meine Verordnung vom 22. März ds. Js. aufgelösten Zeitfreiwilligenverbände haben unverzüglich, spätestens bis zum 15. April ds. Js. sämtliche noch in ihrem Besitz befindliche Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei dem für ihren Wohnort zuständigen Garnisonkommando abzugeben.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden, sofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

Magdeburg, den 31. März 1920.

Der Reichskommissar und Militärbefehlshaber der Provinz Sachsen und Anhalt.

gez. Hörsing, kommissarischer Oberpräsident.

170] **Aufruf!**

An die Arbeiter und Arbeitgeber in der Landwirtschaft!

Nachdem der Generalstreik erledigt ist, richtet die **Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen** die dringende Mahnung an die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, **die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen.** Der der Arbeiterschaft aufgezwungene Generalstreik fiel in eine Zeit der dringendsten Bestellungsarbeiten. Wenn das deutsche Volk bestehen will, muß alles geschehen, um die versäumte Arbeit nachzuholen. Dies ist notwendig zur Sicherung der Volksernährung.

Daher ersuchen wir die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, soweit nur irgend möglich, in den nächsten Wochen **Ueberstunden** zu leisten. Es handelt sich nicht um eine Verlängerung der üblichen Arbeitszeit, sondern darum, daß über die vertraglich festgelegten Arbeitsstunden hinaus soviel Überstunden geleistet werden, als erforderlich sind, um die rückständigen Bestellarbeiten nachzuholen. Daß diese über die vertraglich festgelegte Arbeitszeit hinaus geleisteten Stunden als Überstunden bezahlt werden, steht außer allem Zweifel.

Wie berichtet wird, sind im Anschluß an die politische Bewegung auch **Teilstreiks wegen tariflicher Streitigkeiten** ausgebrochen. Wir ersuchen, wegen tariflicher Streitigkeiten nicht in wilde Streiks einzutreten. Diese tariflichen Streitigkeiten müssen auf dem Verhandlungswege erledigt werden. Wo die Verhandlungen durch die politischen Ereignisse eine Unterbrechung erfahren haben, ersuchen wir, dieselben im gegenseitigen Vertrauen unverzüglich wieder aufzunehmen. Ehe zu wirtschaftlichen Kämpfen geschritten wird, die auch nur im Einverständnis mit der Leitung der Arbeitnehmerverbände erfolgen dürfen, müssen erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein.

An die **Arbeitgeber** richten wir die Mahnung, in Anbetracht der gespannten Lage **Verhandlungen** mit der Arbeiterschaft und deren Organisationen nicht abzulehnen. Ferner ersuchen wir die Arbeitgeber, **keine Kündigungen und Entlassungen** wegen politischer oder gewerkschaftlicher Betätigung vorzunehmen. Die in einzelnen Bezirken Deutschlands aus vorgenannten Gründen, auch dann, wenn diese nicht offen ausgesprochen wurde, vollzogenen Kündigungen sollten rückgängig gemacht werden, weil dies dazu beiträgt, in jenen Bezirken eine Beruhigung unter der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmervereinigungen.

Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen.

Deutscher Landarbeiter-Verband.

Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter.

Reichsverband land- und forstwirtschaftlicher Fach- und Körperschaftsbeamten.

Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten.

Merseburg, den 14. April 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

171] **Wochenfettmenge.**

In der Woche vom 18. bis 24. April 1920 kommen für Merseburg-Land folgende Fettmengen zur Verteilung:
auf gewöhnliche Fettmarken **100 Gramm**
auf Zusatzfettmarken **50 Gramm.**

Merseburg, den 16. April 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

172] **Bekanntmachung.**

Für den Standesamtsbezirk Meuschau ist an Stelle des Landwirts Thielicke in Burgliebenau der Ortsrichter Schlegel in Meuschau zum Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 27. März 1920.

Der Regierungs-Präsident.
J. V. Boltze.

Stadt Merseburg.

38] **Amtliche Lebensmittel- usw. Bekanntmachungen.**

In Aufhebung unserer Anordnung vom 18. März 1920 — L A II 646/20 — in Stück 24 des Amtsblatts der Stadt Merseburg vom 23. März 1920, wird zur Regelung der Versorgung für den Bezirk der Stadt Merseburg Folgendes bestimmt:

I.

Die amtlichen Bekanntmachungen des Magistrats über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedürfnissen des täglichen Lebens werden in den Tageszeitungen, im „Amtsblatt der Stadt Merseburg", z. Z. Beilage des „Merseburger Korrespondenten", und durch Anschlag am Rathaus veröffentlicht.

Sonderdrucke des Amtsblattes werden nicht mehr herausgegeben.

II.

Alle Lebensmittel-Verkaufsstellen (Kolonial- und Materialwarenhandlungen), Bäcker, Fleischer usw. haben die amtlichen Bekanntmachungen des Magistrats **sofort nach der Veröffentlichung** auf einer besonders dafür hergerichteten Tafel (z. B. schwarzem Brett usw.) im Schaufenster oder in anderer geeigneter Weise so aufzuhängen, daß sie von jedermann **von außen gelesen werden können.**

III.

Etwa nötige Ausführungsbestimmungen erläßt der Magistrat.

IV.

Die Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

V.

Zuwiderhandlung wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Merseburg, den 15. April 1920.

L.A.II. 875/20. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die am 19. Februar 1920 in die Schweiz entsandten Merseburger Kinder sollen nach Mitteilung der Zentralstelle in Halle am 20. April 1920, nachmittags 5 Uhr, hier wieder eintreffen. Vom Magistrat ist bei der Eisenbahndirektion in Halle beantragt, den Sonderzug in Merseburg halten zu lassen, damit die zurückkehrenden Merseburger Kinder von ihren Angehörigen hier in Empfang genommen werden können.

Merseburg, den 15. April 1920.

IV 1258/20. **Der Magistrat. — Wohlfahrtsamt.**

Rotlauf

ist unter dem Schweinebestande des Privatmannes Peege, hier, Weiße Mauer Nr. 12, amtstierärztlich festgestellt.

Merseburg, den 16. April 1920.

P I 2105/20. **Die Polizei-Verwaltung.**

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Telefon Nr. 324.

Nr. 80 — Sonntag den 18. April 1920 — 46. Jahrg.

Putsch oder Wahlen.

Nicht nur der außenpolitische Wetterhimmel zeigt dunkles Gewölk, sondern auch am innerpolitischen türmen sich schwarze Wolken. Es läßt sich zur Stunde noch nicht sagen, ob ein kräftiger, starker Wind diese Wolken vertreiben oder ob sie sich entladen werden. Zwar ist der als Putschtermin vielfach genannte 15. April glücklich vergangen, ohne daß sich irgend etwas nennenswertes ereignet hätte, aber es läßt sich doch keinesfalls verkennen, daß die Gefahr noch nicht beseitigt ist. Wenn die Blätter der Rechten glauben, die Nachrichten von einem bevorstehenden Putsch als Wahlmache ansprechen zu sollen, so handeln sie sicher nicht ganz ehrlich, denn keinesfalls hätte der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei Veranlassung genommen, vor einem neuen Putsch zu warnen, wenn er nicht selbst überzeugt wäre, daß mit einem derartigen Putsch zu rechnen ist. Selbst wenn man einiges von dem, was jetzt verbreitet wird, als Übertreibung bezeichnen muß, so bleiben doch genug ernste Nachrichten übrig, die einer jeden Prüfung standhaltenden Grundlage nicht entbehren.

Zwar hat eben erst das deutsche Volk ein Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Der Kanzler aus eigener Machtvollkommenheit Herr Kapp und Konsorten sind vom Volksunwillen hinweggefegt worden. Es ist erklärlich, daß die Festigung der Verhältnisse noch nicht überall und nicht restlos nach einer so schweren Erschütterung des Staatslebens erfolgt ist. Darum scheint jetzt für die Putschisten die Zeit gekommen zu sein. Noch ist die Säuberungsaktion in der Reichswehr nicht durchgeführt, weil sich die Truppen zum großen Teil noch nicht in ihren Garnisonen wieder befinden, noch sind nicht alle Beamte, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, beseitigt, und alles dieses scheint den Putschisten günstig für ihre Pläne. Vor allem aber, und das ist das Entscheidende, stehen die Wahlen vor der Türe, und diese Wahlen werden ein neues Bekenntnis des deutschen Volkes zur Demokratie bringen. Dieses neue Bekenntnis wird das Regierungssystem weiter festigen und seine Stellung so unerschütterlich machen, daß jeder Versuch eines Putsches von links oder rechts völlig aussichtslos ist. Darum soll heute noch einmal von den Putschisten versucht werden, das zu erringen, was ihnen im Märzputsch verlagt blieb.

Die Festigung der Demokratie, der Ausbau des Staates und damit die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt, das sind Forderungen, die das deutsche Volk mit Recht an den ersten Reichstag der Republik stellen muß. Nicht in der Lage diese Forderungen zu erfüllen sind die Parteien der Rechten. Die Verfassung ist geschaffen von den drei Koalitionsparteien, die man wohl richtiger als die drei Verfassungsparteien bezeichnen sollte, nur ihnen ist es möglich, den Staat weiter auf- und auszubauen. Wer, wie die Parteien der Rechten es in der Nationalversammlung getan haben, den Etat ablehnt, wer dem Staate die Mittel verweigert, die er zum Leben bedarf, der kann von sich im Ernst nicht behaupten, daß er an der Gesundung des Staates mitarbeitet. Auch eine rein sozialistische Regierung wäre nicht in der Lage, den Aufbau Deutschlands durchzuführen. Wir müssen endlich einmal herauskommen aus den Klassenkämpfen, wie sie der Sozialismus predigt, wir müssen gemeinsam arbeiten zum Wohle und zum Besten des Staates. Der Weg aber, der zu diesem Ziele führt, heißt **nationale Demokratie.**

Gerade der Kapp-Putsch hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, gegen die Mehrheit des Volkes zu regieren. Er hat mit einem vollen Siege der Demokratie geendet, und es gilt nun, in den Wahlen diesen Sieg zu vervollständigen und auszubauen. Gewiß hat auch die Koalition manchen demokratischen Wunsch unerfüllt gelassen. Man muß sich aber klar darüber sein, daß in jeder Koalition Opfer gebracht werden müssen und die Klagen, daß die Ziele nicht voll erreicht sind, sind heute bei allen Verfassungsparteien zu hören. Trotzdem bleibt wahrscheinlich auf Jahre hinaus die heutige Koalition für Deutschland die einzige Regierungsmöglichkeit und es ist richtig, wenn in dem Wahlaufruf der demokratischen Partei zwar betont wird, was uns Demokraten vom Zentrum trennt, wie wir uns die geistige Einheit Deutschlands nicht durch Schule und Kirche zerreißen lassen sollen, wenn betont wird, was uns von der Sozialdemokratie scheidet, wenn wir im Gegensatz zu ihr eine klassenfreie Vertretung des Volkes fordern, wenn aber über alle diese trennenden Momente hinweg doch auch immer wieder das betont wird, was uns mit diesen Parteien verbindet, mit denen gemeinsam in schwerer Arbeit die Grundlage für den Aufbau des Reiches gelegt, die Weimarer Verfassung geschaffen wurde.

Nur auf dieser Grundlage kann und muß weitergebaut werden. Wer heute mit Einzelheiten nicht einverstanden ist, der bessert die Lage nicht dadurch, daß er untätig beiseite steht, oder dadurch, daß er fahnenflüchtig wird. Eine Besserung ist nur dadurch zu erzielen, daß er mitarbeitet, daß er den demokratischen Flügel der Koalition stärken hilft, und darum gilt für jeden, der die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft, der den Wiederaufbau des Staates, der die Hebung des deutschen Ansehens in der Welt, der ein politisch einiges, aber doch kein zentralistisches Reich will, nur die eine Parole:

Wählt die demokratische Liste!

*

Die Putschgerüchte.

Zu den Verhaftungen im Reichswehrministerium.

Berlin, 17. April. Über die aufgehobene Sitzung im Reichswehrministerium bringen die Blätter allerlei Kommentare, die indessen weit über das Ziel hinauszuschießen scheinen. Wie verlautet, wird die Angelegenheit in kurzer Zeit eine harmlose Aufklärung erfahren und mit der Entlassung der Verhafteten enden. Das „Acht-Uhr-Abendblatt" hebt hervor, die Reichskanzlei sei einer ähnlichen Mystifikation zum Opfer gefallen, wie vor kurzem das WTB. Wie das Reichswehrministerium dem genannten Blatte mitteilt, haben zwischen Hauptmann v. Biebahn und mehreren Offizieren tatsächlich Besprechungen mit den unabhängigen Sozialisten stattgefunden, die aber nur den Zweck verfolgten, eine Einigung über die Waffenabgabe in Berlin und Umgebung herbeizuführen. Die vorgesetzten Stellen des Reichswehrgruppenkommandos waren darüber informiert, und auch Mitglieder der Unabhängigen hatten von dieser Besprechung Kenntnis. Eine Bestätigung dieser Darstellung darf man vielleicht in dem Umstande sehen, daß die „Freiheit", die auch heute wieder neue Mitteilungen über die angeblichen Treibereien der Putschisten bringt, die Offiziersvernehmung im Reichswehrministerium mit keinem Worte erwähnt. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" weiter meldet, hat die Reichskanzlei mit Umgehung der militärischen Dienststelle die Verhaftung der Teilnehmer an der Besprechung angeordnet. Wie wir hören, befinden sie sich gegenwärtig noch in Haft. Der Reichswehrminister hat die Angelegenheit nunmehr in die Hand des Generals v. Seeckt und der zuständigen militärischen Dienststelle gelegt. Wie uns von der Pressestelle der Reichsregierung dazu mitgeteilt wird, ist die Behauptung einer Mystifikation falsch. Im übrigen vermag die Pressestelle zurzeit über das Ergebnis der Untersuchung nichts mitzuteilen. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, soll es in der Tat harmloser sein, als die erste Meldung erwarten ließ.

Kapp in Stockholm.

Auf einem Flugzeug aus Deutschland geflohen.

Stockholm, 17. April. Nach einer Meldung des „Aftontidningen" ist Kapp im Badehotel in Södertälje angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach hier gekommen, das in Schonen landete, worauf er seine Reise mit der Bahn nach Stockholm fortsetzte. Seitens des Hoteliers wird mitgeteilt, daß Kapp am Mittwoch abend in Stockholm ankam und unter dem Namen Dr. v. Kanitz auf der Reise von Deutschland über Malmö Wohnung nahm. Den Zweck der Reise hat er nicht angegeben. Gestern Vormittag kamen zwei Detektive aus Stockholm in Södertälje an. Der angebliche Dr. v. Kanitz erklärte ihnen hier er sei. Gegen 3 Uhr nachmittags begaben sich die Detektive zusammen mit Kapp in Automobilen nach Stockholm.

Die Vermögen der Kapp-Leute beschlagnahmt.

Aus Berlin wird berichtet: Auf eine Anfrage, inwieweit die von der Regierung angekündigte, auf die Bestimmungen der Str.-Pr.-Ord. beruhende Vermögensbeschlagnahme der Hauptbeschuldigten des Kapp-Putsches durchgeführt ist, wird der „Vossischen Ztg." von zuständiger Stelle erklärt, daß sowohl die Beschlagnahme der Bankguthaben als auch sämtlicher Immobilien der Beschuldigten erfolgt ist.

Neue Forderungen der Gewerkschaften.

Aus Berlin wird mitgeteilt: Die Gewerkschaften haben sich mit neuen Forderungen an die Reichsregierung gewandt. Sie verlangen die Zuziehung der Gewerkschaften bezw. ihrer Vertreter zu den Maßnahmen, die gegen die Putschagitation in der Reichswehr ergriffen werden.

Zu Kapps Verhaftung.

Stockholm, 17. April. Als die Polizei in Södertälje heute den Paß des Dr. Kapp untersuchte, stellte es sich heraus, daß er gefälscht war, weshalb Dr. Kapp gegen 2 Uhr festgenommen wurde. Während des Verhörs gab er sich zu erkennen. Der Polizeimeister kann sich noch nicht darüber äußern, inwieweit von seiner Einlieferung ins Gefängnis oder Anweisung die Rede sein kann.

Aufklärung über die Putschgerüchte im Reichswehr-Ministerium.

Berlin, 17. April. Aus dem Polizeipräsidium wird uns mitgeteilt: Der Polizeipräsident Richter hat es abgelehnt, die Schutzhaft gegen die vom Reichswehrminister in der Nacht zum Freitag festgenommenen Offiziere und Zivilpersonen zu verhängen. Es ist keinerlei Beweis dafür erbracht, daß die im Reichswehrministerium stattgehabte Zusammenkunft der festgenommenen Personen einen Umsturz der Regierung zum Ziele hatte. Der Polizeipräsident hat daher die sofortige Freilassung der Festgenommenen veranlaßt.

Folgen des Kapp-Putsches.

Paris, 17. April. (E.-U.) Nach einer von der „Liberte" veröffentlichten Mitteilung ist die Unterredung zwischen dem britischen Geschäftsträger Lord Derby und dem französischen Ministerpräsidenten Millerand gestern durch die ungünstigen Berichte veranlaßt worden, die England und Frankreich von ihren Kontrollpersonen in Deutschland über die Vorbereitungen zu einem neuen reaktionären Staatsstreich erhalten haben. Die Alliierten beabsichtigen, beim deutschen Reichskanzler einen gemeinsamen Schritt durch die verschiedenen Geschäftsträger zu unternehmen. Er soll unternommen werden in dem bereits durch Lord Kilmer noch in Berlin verhandelten Sinne. Wenn ein militärischer Staatsstreich ähnlich dem von Kapp ausbreche, würden die Alliierten sofort die Lebensmittel- und Materialsendungen einstellen und die Kredite annullieren.

London, 17. April. (W. T. B.) Havas-Agentur meldet: Der englische Minister des Auswärtigen Lord Curzon hat gestern beim deutschen Geschäftsträger in London einen energischen Schritt unternommen, um eine Zurücknahme der überzähligen Truppen aus dem Ruhrgebiet zu erreichen. Aus dem Ruhrgebiet zurückkehrende alliierte Beobachter sagen, daß die dortige Bewegung niemals einen bolschewistischen Charakter angenommen habe. Andererseits wird mitgeteilt, daß die von der deutschen Regierung in das Ruhrgebiet gesandten Truppen beträchtlicher sind als die den Alliierten angegebenen Zahlen. Das erste Problem, das die alliierten Staatsleiter also zu lösen hätten, wäre die baldige Entwaffnung Deutschlands. (Selbstverständlich muß nun ganz Deutschland für den Putsch Kapps und Genossen herhalten, sowohl unter den Räuberbanden wie unter der Entente. D. Red.)

Die Anzeichen des neuen Putsches.

Berlin, 17. April. (E.-U.) Wie die „Neue Berl. Ztg." meldet, hat vor einiger Zeit der hiesige englische Geschäftsträger sich mit den maßgebenden Regierungsstellen Deutschlands in Verbindung gesetzt und ihnen davon Mitteilung gemacht, daß ihm zur Kenntnis gelangt sei, es bereite sich ein neuer Putsch vor, und daß er es als seine Pflicht erachte, vor dieser Gefahr zu warnen. Ferner hatten sich Vertreter der Rechten gleichfalls bei einigen Regierungsstellen eingefunden und dort in ähnlichem Sinne gewarnt. — Aus **Stettin** wird weiter gemeldet: Wie mitgeteilt wird, sind auf Befehl des hiesigen Polizeipräsidenten die Geschäftsräume des pommerschen Landbundes und des Bürgerbundes durch die Sicherheitspolizei durchsucht worden. Die beiden Büros befassen sich mit der Arbeitsvermittlung für die entlassenen Baltikumer, die sie bei den pommerschen Großgrundbesitzern als Landarbeiter unterbrachten.

Die unproduktive Kieler Werft.

Kiel, 18. April. (E.-U.) Die hiesige Werft wird in der nächsten Zeit rund 3000 Arbeiter und Angestellte entlassen müssen. Die Entlassungen werden damit begründet, daß der Betrieb der Werft ein unproduktiver ist und daß, um produktiv zu arbeiten, die Entlassungen nicht zu vermeiden sein werden.

Zu den Verhaftungen im Kriegsministerium.

Berlin, 17. April. (E.-U.) Wie die „Neue Berl. Ztg." erfährt, ist eine Wiedervorhaftung der an den bekannten Verhandlungen im Reichswehrministerium beteiligten Offiziere trotz des neuen inzwischen eingegangenen Materials nicht beabsichtigt, da die durch den Staatskommissar vorgenommene Untersuchung vorläufig kein Belastungsmaterial ergeben hat. Dagegen wird die Untersuchung fortgesetzt. Man beabsichtigt, festzustellen, von wem der Auftrag an die Offiziere ergangen ist, mit den Unabhängigen und Kommunisten wegen der Waffenabgabe und Einsammlung in Verhandlungen einzutreten. (Das muß ja ein ganz schauderhaftes Verfahren sein, um das festzustellen nach der Untersuchung an sich schon. D. Red.) Da die Behauptung aufgestellt worden ist, daß die Anzeige unternommen wurde zu dem Zweck, eine Reihe von militärischen Persönlichkeiten öffentlich zu diskreditieren, so wird die Untersuchung auch nach dieser Richtung geführt.

Streik in Oppeln gegen die Entente-Herrschaft.

Oppeln, 17. April. (WTB.) Der durch die internationale Kommission über Oppeln verhängte verschärfte Belagerungszustand führte zu zahlreichen Verhaftungen von Arbeitern und Einwohnern durch die Besatzungstruppen. Darauf traten heute die Arbeiter des Gas-, Wasser-, Kanalisations- und Elektrizitätswerks in den Streik. Zuverlässigen Nachrichten zufolge geht die polnische Berufsvereinigung der Arbeiterschaft in Oberschlesien mit den deutschen Gewerkschaften und mißbilligt das Vorgehen der französischen Truppen. — An der Trauerkundgebung für den durch einen französischen Soldaten getöteten Güterbodenvorsteher Placzek nahmen je ein Vertreter der englischen, der französischen und der italienischen Nation teil.

Warenaustausch mit dem Memelgebiet.

Tilsit, 17. April. (E.-U.) Wie die „Tilsiter Zeitung" erfährt, steht ein Warenaustauschvertrag zwischen Deutschland und dem von der Entente besetzten Memelgebiet unmittelbar vor dem Abschluß. Es handelt sich um beträchtliche Lebensmittelmengen, die von jenseits eingeführt werden sollen, da in diesem Gebiete große Überproduktion herrscht und die dortigen Landwirte auf den in Deutschland erzeugten chemischen Dünger und auf die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen angewiesen sind. (Und dabei können die Landwirte in Deutschland wegen Mangel an Produktion keinen künstlichen Dünger bekommen! D. Red.)

Die politischen Gefangenen in Bayern.

München, 18. April. (E.-U.) Gegenüber einer Veröffentlichung der Berliner Freiheit, wonach in Bayern 500 politische Gefangene dem Tage der Freiheit entgegensharren, teilt das hiesige Justizministerium mit, daß sich in Bayern nur 200 politische Gefangene in Haft befinden.

Deutschland und die Entente.

Eine neue Drohung der Alliierten.

Basel, 16. April. Gestern wurde aus London nach Paris berichtet, daß die Alliierten die Initiative zu einem gemeinsamen Schritt bei Deutschland unternommen hätten, um die strikte Durchführung der im Friedensvertrag bestimmten Entwaffnung Deutschlands zu verlangen. Für den Fall einer Weigerung soll die Lebensmittellieferung an Deutschland eingestellt werden. Der böse Wille Deutschlands zeige sich nach allen Richtungen. Die Anzeichen eines neuen Staatsstreichs mehrten sich.

Nach dem „Echo de Paris" haben die Alliierten beschlossen, Deutschland die Auslandslieferung von Kohle solange zu verbieten, bis die Bedingungen des Friedensvertrages über deutsche Kohlenlieferungen an Italien, Frankreich und Belgien restlos durchgeführt sind.

Der Inhalt der englisch-französischen Verständigung.

[illegible] Blätter, enthalten [illegible] Pariser Berichte [illegible] Das liberale Blatt [illegible] ten, als die übrigen [illegible] festgestellt hat, daß [illegible] ankreich anläßlich der [illegible] erlassen, sondern nur [illegible] Unterbaute die Not- [illegible] herzlichen Übereinkommens nicht [illegible] die Bedingungen des [illegible] adt und die übrigen [illegible] rmächtigung in das [illegible] zurückgezogen wor- [illegible] die Konzession vom [illegible] ist erhalten, weitere [illegible] Frage stehenden Ge- [illegible] bung der Alliierten [illegible] ponbent der „Daily [illegible] zu erwecken auch die [illegible] in England glaubt, [illegible] tatsächlich auf der [illegible] ng wird in Berlin [illegible] Programm der [illegible] In maßgebenden [illegible] daß hinter diesem [illegible] ung und Marschall [illegible] leiten der Pariser [illegible]

Der französische Erpressungsplan.

Paris, 16. April. Major de Gipreux schreibt in der „République Francaise": Stellt Foch auf der Mainlinie eine Armee von 200 000 alliierten Soldaten zur Verfügung, 120 000 Franzosen, 50 000 Engländer und 30 000 Belgier, und läßt in Berlin wissen, daß bei der geringsten Weigerung, abzuliefern, auch bei der kleinsten Versteckung, die festgestellt wird, diese Armee gegen den Thüringer Wald und Franken marschieren und Süddeutschland von Norddeutschland trennen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200418-15/fragment/page=0009